



**uster**

Gemeinderat

## **Protokoll**

**7. Sitzung des Gemeinderates  
Montag, 27. November 2006, 18:00 Uhr,  
Gemeinderatssaal**

### **TRAKTANDEN**

- 1 Mitteilungen
- 2 Voranschlag 2007, Oberstufe Uster  
(Antrag Nr. 39)
- 3 Leistungsaufträge 2007 - 2010 und Globalbudget 2007  
(Antrag Nr. 40)  
und  
Voranschlag 2007 / Finanzplanung 2008 bis 2010  
(Antrag Nr. 29)
- 4 Festsetzung des Steuerfusses
- 5 Investitionen des Voranschlages 2007
- 6 Laufende Rechnung 2007
- 7 Antrag des Stadtrates betreffend der Bewilligung eines Kredites für die Deckung des  
zusätzlichen Platzbedarfes der Stadtverwaltung  
(Antrag Nr. 50)

## Präsenz

Vorsitz	Harry Kohler, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Verwaltung	Thomas Kuoni, Abteilungsleiter Finanzen Marianne Biber, Präsidentin Oberstufenschulpflege
Entschuldigt	Ernst Fahrni
Unentschuldigt:	
Verspätet:	Werner Hürlimann, ab 18.20 Tobias Deininger Stefan Feldmann, ab 18.20 Uhr Andreas Kunz
Presse	Werner Frei, ZO Frank von Niederhäusern, SDA Eduard Gautschi, TA

Der Präsident begrüsst die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## Protokollgenehmigung

Das Protokoll der 6. Sitzung des Gemeinderates vom 6. November 2006 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 66 Ziff. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## **Persönliche Erklärungen:**

Zum Thema Erschliessung Turicumareal spricht **Rolf Graf**.

Die Frist für den Bezug des Baurechtsentscheids im Zusammenhang mit dem Baugesuch im Turicumareal ist am 16. November abgelaufen. Viele ans Areal Anstossende haben diesen Entscheid verlangt. Dies, weil sie anlässlich einer Informationsveranstaltung aufgeschreckt wurde. Die Turicum AG eröffnete an dieser Veranstaltung, dass die Erschliessung für die neu vom Werkheim genutzte Lehrlingswerkstatt über eine Stichstrasse aus der Turicumstrasse heraus geplant sei. Dass dies bei den Quartierbewohnerinnen und -bewohner auf grossen Widerstand stösst ist verständlich. Gehört doch die Turicumstrasse für einen Teil ihrer Kinder zum täglichen Schulweg.

Nun ist es aber so, dass im Gestaltungsplan die Erschliessung klar über die Seestrasse vorgesehen ist, und an der Beratung des privaten Gestaltungsplans im Parlament ausdrücklich eine Erschliessung über die Turicumstrasse einstimmig abgelehnt worden ist. Die Turicum AG versuchte damals die Erschliessung des Areals über die Turicumstrasse mittels Einsprache gegen den eigenen Gestaltungsplan noch einzubringen. Doch sie tat dies zu spät. Trotzdem haben wir im Parlament die Eingabe nicht nur formell abgelehnt, sondern wir haben uns am 14. Juli 2004 ausdrücklich gegen eine Erschliessung durch ein Wohnquartier ausgesprochen.

Also alles in bester Ordnung, und die Nachbarn könnten sich zurücklehnen. Dass könnten sie auch, wenn nicht der Stadtrat die ausdrückliche Befugnis hat, den Gestaltungsplan unter gewissen Voraussetzung in eigener Kompetenz anzupassen.

Es liegt mir daher sehr daran, den Stadtrat an das einstimmige Ergebnis der Beratung im GR zu erinnern und vor allem ihn zu bitten, bei der Erteilung der Baubewilligung der 1. Etappe darauf zu achten, dass kein Fait accompli geschaffen wird, dass für den hinteren Teil des Areals nur noch eine sinnvoll Erschliessung über die Turicumstrasse zulassen würde.

Ich danke dem SR für sein wachsames Auge und ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit

## **Fraktionserklärung(en):**

**Marianne Siegrist** spricht namens der FDP-/CVP-Fraktion zur Abstimmung Villa am Aabach.

Die Villa am Aabach als städtische Galerie Bildende Kunst und Gestaltung ist gestorben. Dies unser Fazit nach der eindeutigen Ablehnung der Vorlage von gestern. Selbstverständlich akzeptieren wir diesen Entscheid.

Die FDP/CVP Fraktion bedauert dieses Abstimmungsergebnis sehr. Die Chance besteht nun nicht mehr, dass eine neue Trägerschaft das Ausstellungskonzept weiterentwickelt um mehr Interessierte in die Villa zu locken. Die Chance wächst, dass die Villa der Bevölkerung künftig nicht mehr zugänglich sein wird.

Wir erwarten vom Stadtrat möglichst rasch eine Antwort zur Frage: Villa wie weiter?

Es ist klar, dass keine Entscheide überstürzt gefällt werden sollen. Die schon organisierten Ausstellungen im Jahr 2007 sollen durchgeführt werden; aber ein Stop in der Planung muss erfolgen. Wir erwarten vom Stadtrat bald eine Antwort wie weiter. Der eingesetzte Budgetposten im heute diskutierten Budget soll deshalb nicht gekürzt werden.

27.11.2006 Marianne Siegrist für die FDP/CVP Fraktion

**Rolf Denzler** gibt eine Fraktionserklärung der SVP-/EDU-Fraktion über die Abstimmung Villa am Aabach ab:

Zur Abstimmung betr. Ueberführung des Betriebes „Villa am Aabach "in eine unabhängige, rechtlich selbständige Trägerschaft

Die Ustermer Stimmberechtigten haben an der gestrigen Volksabstimmung die Ueberführung des Betriebes der Villa am Aabach in eine unabhängige Stiftung mit rund 60 % Stimmenanteil abgelehnt. Die Ustermer Bevölkerung hat sich sehr deutlich gegen die Vorlage ausgesprochen. Es gilt für uns alle, diesen Entscheid des Volkes zu akzeptieren.

Aus dem gestrigen Volksentscheid sind die Konsequenzen zu ziehen.

Der Volksentscheid ist dahingehend zu interpretieren, dass die Einwohner und Einwohnerinnen von Uster nicht nur keine Ueberführung in eine unabhängige Trägerschaft, noch ein Kunsthause für Gegenwartskunst und zeitgenössischer Gestaltung, in dieser Form wünschen. Es kann somit bezüglich dem Betrieb und Nutzung der Villa am Aabach nicht alles beim Alten bleiben. Als Fazit heisst das, dass die Wirkungs- und Leistungsziele im Geschäftsfeld Kultur und im Speziellen in der Leistungsgruppe Kunst.Kultur anzupassen sind.

Die künftige Nutzung der Villa am Aabach ist zu überdenken und folglich anzupassen. Das Volk will den heutigen Betriebszweck nicht. D.h. der heutige Betrieb ist demzufolge geordnet einzustellen analog einer Betriebsschliessung. Die SVP/EDU-Fraktion will aber keinen radikalen Stopp. Die eingegangenen Verträge und Verpflichtungen bezüglich Ausstellungen und Anstellungen sind ordnungsgemäss zu erfüllen. Aufgrund des Resultates der Volksabstimmung sind jedoch keine neuen Ausstellungen zu initiieren. Der heutige Betrieb ist spätestens per Ende 2007 vollständig aufzulösen. Für die Villa am Aabach gilt demzufolge ein Moratorium inbezug auf den heutigen Betrieb.

Die SVP/EDU-Fraktion und das gegnerische Unterstützungskomitee wünschen eine ausgewogene und vielfältige Kultur in Uster. Das heisst für uns, dass der für die Villa am Aabach eingestellte Geldbetrag anderen Ustermer Kulturinstitutionen (darunter verstehen wir alle Kulturschaffenden und Vereine von Uster, die sich für Uster einsetzen) zugeführt werden soll. Die SVP/EDU-Fraktion steht zu ihrem im Rahmen der Abstimmung abgegebenen Versprechen; und sie will dieses heute auch einlösen. Die künftige Nutzung der Villa am Aabach ist auf eine kommunale Kunst- und Vereinskultur oder eine andere sinnvolle Verwendung auszurichten.

In Würdigung des Ergebnisses der gestrigen Volksabstimmung verzichten wir „bewusst "auf eine Kürzung des Globalkredites des Geschäftsfeldes Kultur 2007 in der Leistungsgruppe Kunst.Kultur und werden zudem die von der Sachkommission KBK und der RPK beantragte Kürzung von CHF 50 000 in der Leistungsgruppe Förderung.Kultur nicht unterstützen. Dies deshalb, weil wir der Leistungsgruppe Kunst.Kultur einen sauberen und geordneten Rückzug in der Villa am Aabach zugestehen und dies auch verlangen. Das ist uns wichtig.

Aus all diesen Gründen hat heute die SVP/EDU-Fraktion einen entsprechenden parlamentarischen Vorstoss eingereicht, mit dem Prüfungsauftrag an den Stadtrat, die Villa am Aabach einer neuen geeigneten Verwendung zuzuführen, in welcher die kommunale Kunst- und Vereinskultur in Uster unterstützt wird und ihren Platz hat.

27.11.2006  
SVP-Fraktion  
Rolf Denzler, Fraktionschef

**Reto Dettli** ergreift das Wort namens der SP-Fraktion betreffend Abstimmung Villa am Aabach:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Am gestrigen Abstimmungssonntag sind zwei bemerkenswerte Ereignisse zusammen gekommen

- Erstens hat die stimmende Bevölkerung die Chance für eine breitere Abstützung der Villa und den Einbezug weiterer Kreise, insbesondere des Kantons, leider nicht genutzt. Die SP ist enttäuscht, nicht zuletzt weil mit diesem ablehnenden Ergebnis der Stellenwert von Kultur in Uster als Teil eines attraktiven Wohnortes und Arbeitsstandortes deutlich geschwächt wird.
- Zweitens haben die Kulturschaffenden und Kulturorganisationen von Uster die Chance genutzt und sich der Bevölkerung am ersten Kultur-Sonntag präsentiert. Sie haben uns einen herrlichen Kultursonntag beschert, von dem ich begeistert bin und auf eine Neuauflage im 2007 hoffe. Die SP gratuliert und dankt allen Involvierten herzlich!

Aber zurück zur Abstimmung zur Villa. Die Stimmbevölkerung hat die Vorlage zur Villa am Aabach den Aabach bachab geschickt. Das Abstimmungsergebnis zur Villa ist zu deutlich, als dass man mit dem Betrieb der Villa im gewohnten Rahmen weiterfahren kann. Bei der Abstimmung ging es nicht alleine um die zukünftige Betriebsform und Trägerschaft. Die heutige Ausrichtung der Villa am Aabach ist mit dem deutlich ablehnenden Ergebnis in Frage gestellt und muss grundsätzlich überdacht werden. Der Politik und der bisherigen Führung der Villa am Aabach ist es mit dem bisherigen Betrieb und der Ausrichtung nicht gelungen, den nötigen Rückhalt der Villa in der Bevölkerung zu schaffen. Das muss man als klares Verdikt der Abstimmung akzeptieren.

Die Sozialdemokratische Partei erachtet die Kultur als wichtigen Standortfaktor und Beitrag zur Identitätsbildung einer Gemeinschaft. Sie erachtet die Kulturförderung weiterhin als richtig und wichtig. Die SP unterstützt die Anliegen des NEIN-Komitees in einem Punkt, wonach eine Unterstützung für alle kulturellen Kreise gefordert wird. Die Unterstützung von örtlichen Vereinen erachten wir als wichtiges Anliegen, das wir voll und ganz mittragen. Mit dem Zeughausareal und der beabsichtigten teilweisen kulturellen Nutzung des Areals besteht jetzt die Möglichkeit, die Eigeninitiative zahlreicher junger Menschen, Organisationen und Vereine zu unterstützen und ihnen den für ihre kulturellen Aktivitäten nötigen Raum zur Verfügung zu stellen.

Die SP hofft, dass der Gemeinderat den Verantwortlichen der Villa ausreichend Zeit einräumen um ein neues tragfähiges Konzept für die Nutzung des Gebäudes zu entwickeln. Dieser Prozess muss in den nächsten Monaten breit geführt werden, damit wir den Rückhalt in der Bevölkerung für unsere Kulturinvestitionen gewinnen können. Budgettechnische Schnellschüsse betreffend der Villa am Aabach sind heute Abend fehl am Platz. Gefordert ist ein klarer Auftrag an den Stadtrat, den Prozess über die zukünftige Nutzung der Villa zügig an die Hand zu nehmen.

## **1 Mitteilungen**

In der Aktenaufgabe liegen auf:

- Beschluss des Stadtrates vom 7. November 2006 betreffend Revision Gemeindeordnung, 1. Lesung
- Information vom Bundesamt für Sport Magglingen betreffend „Schweiz bewegt 2007“
- Information der Post vom 31. Oktober 2006 betreffend Weiterentwicklung Poststellennetz

## 2 Antrag des Stadtrates betreffend Voranschlag 2007, Oberstufe Uster (Antrag Nr. 39)

Bei den Verhandlungen zu diesem Geschäft sind im Ausstand: Regula Trüeb-Murbach, Tobias Deininger und Rolf Denzler als Einwohner von Nänikon.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Reto Dettli**:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Ich verlese Ihnen im Folgenden das Referat der Kommission Bildung und Kultur zum Voranschlag der Oberstufe.

Das beantragte Budget der Oberstufe Uster im Umfang von 17.966 Mio. Fr. schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 488'000 Fr.. Es wird ein gleich bleibender Steuerfuss von 19% beantragt. Der Aufwand gegenüber der Rechnung 2005 steigt um knapp 1.9 Mio. Fr., was vor allem auf höhere Abschreibungen auf Grund der Investitionen, auf mehr geführte Klassen und aber auch auf einen höheren Sachaufwand von fast 900'000 Fr. oder rund 40% zurückzuführen ist. Ruedi Locher und ich haben deshalb im Rahmen der Vorgespräche den Sachaufwand näher durchleuchtet.

Die Gründe für die Erhöhungen konnten immer dargelegt werden und waren plausibel. Zahlreiche Erhöhungen sind einmalig und werden im nächsten Jahr nicht mehr so anfallen, so beispielsweise beim Umbau der Berufswahlschule BWS. Auch werden neue Leistungen, wie beispielsweise die Schulsozialarbeit, eingeführt.

Mit der Integration der Kunst und Sportschule KUSS sind nur wenige kostenrelevante Synergien möglich geworden.

Auffällig sind die grossen Veränderungen bei den Aufwendungen für die Beiträge an die kantonalen Mittelschulen, welche heute nur rund die Hälfte des Betrages der Rechnung 2005 umfassen. Dies ist auf die geringe Zahl von SchülerInnen, die den Sprung ins Gymi geschafft haben, zurückzuführen. Ob hier ein qualitatives Problem der Schulen in Uster vorliegt, kann nicht abschliessend gesagt werden, da alle SchülerInnen, die ins Gymi gehen, in eine entsprechende Kennzahl einbezogen werden müssten. Die Finanzkennzahl der Oberstufe zeigt nicht das ganze Bild. Die Kommission möchte die Grösse jedoch transparent dargestellt haben und hat entsprechende Anpassungen bei den Kennzahlen der Primarschule veranlasst.

Bei der Investitionsrechnung wurde auch über die Kompetenzen bei den einzelnen Beträgen gesprochen, da Aufwendungen auf zwei Jahre gesplittet werden und von der Summe her in die Kompetenz des Gemeinderates gehören. Zudem stellt sich die Frage ob die Ausgaben gebunden oder nicht gebunden sind. Die nötigen Anträge werden dem Gemeinderat von der Oberstufe unterbreitet und im übrigen ist dies ein Thema für die RPK.

Der Leistungsauftrag der KUSS kommt etwas dünn daher und steht noch etwas fremd im Budget. Die KBK wünscht, dass bei der Einführung der Globalbudgetierung ein Vergleich mit der Primarschule möglich ist und ersichtlich wird, welcher Aufwand für die Verwaltung und den Overhead, für die Infrastrukturen und die Bildung im engeren Sinne getätigt werden. Da diese Querschnittskosten eine relevante Grösse darstellen, fragt es sich ob die geplante stufenweise Einführung des Globalbudgets überhaupt sinnvoll machbar ist. Es deshalb zumindest zu prüfen, die Globalbudgetierung analog der Primarschule in einem Rutsch einzuführen.

Die Oberstufe ist überzeugt, die anstehenden Investitionen ohne die im letzten Jahr in den Raum gestellte Steuerfusserhöhung bewältigen zu können. Das budgetierte Defizit ist angesichts des stattlichen Eigenkapitals von über 20 Mio. Fr. verkraftbar.

Die KBK beantragt Ihnen mit 8:0 Stimmen den Voranschlag 2007 zu genehmigen und den Steuerfuss auf 19% des einfachen Staatssteuerertrages festzusetzen.

Für die Kommission Bildung und Kultur  
Reto Dettli

**Ruedi Locher** gibt das Resultat für die Rechnungsprüfungskommission bekannt. Die RPK empfiehlt den Voranschlag 2007 und die geplante Investitionsrechnung einstimmig zur Annahme und spricht sich ebenfalls einstimmig für die Festsetzung des Steuerfusses bei 19 % des einfachen Staatssteuerfusses aus.

Sehr geehrter Herr Ratspräsident  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen

Vorab ein gebührendes **Dankeschön** an die OS für den ausführlichen Voranschlag 2007.

Bei einem gleichbleibend beantragten Steuerfuss von 19% veranschlagt die Oberstufenschulbehörde Uster bei einem Aufwand von 17'966'200.- und Erträgen von insgesamt 17'738'000.- einen **Aufwandüberschuss von Fr. 488'000.-** für das Jahr 2007. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Halbierung des geplanten Aufwandüberschusses.

Der Aufwand wird durch die mutmasslichen ordentlichen Steuern von Fr. 10'250'000.- und den übrigen Erträgen von Fr. 7'228'200.- beinahe gedeckt.

Der Buchwert wird sich demzufolge von 24 Mio. auf 21'686'000.- per Ende 2007 reduzieren.

Das Eigenkapital wird somit auf den Betrag von Fr. 20'923'000.- reduziert.

In der Rechnung sind ordentliche Abschreibungen von 2'469'000.- ausgewiesen, Fr. 269'000.- mehr als im Vorjahr. Die Abschreibungen sind mit den ordentlichen Quoten von 10% für Hochbauten, Schulhäuser und Turnhallen, und den 20% für das Mobiliar inkl. die Informatik eingerechnet.

#### **Zur Rechnung:**

Ich möchte der Prioritäten wegen nur diejenigen Positionen eingehen, welche sich durch einer grössere prozentuelle Veränderungen hervorheben, nämlich:

Die Personalkosten steigen infolge Lehrstellenerhöhung.

Das Mehr an kant. Rückvergütung resultiert infolge des tiefen Steuerertrages von Uster.

Die Erträge der ordentlichen Steuern sind abhängig von der Stadtkasse, demzufolge auch die Steuern aus früheren Jahren, welche mit einem Mehrertrag von 821 000, d.h. neu insgesamt Fr. 1 731'000.- Millionen sehr hoch ausfallen.

Die Beiträge an die MSUG reduzieren sich auf Basis des neuen Vertrages auf Fr. 192'000.-.

Bei vormals Fr. 242'000.- Die OS trägt 25% des MSUG-Voranschlages.

Eine allfällige Abweichung wird von der OS mitgetragen

Bei den grösseren Anschaffungen sind der Kauf eines Traktors im Krämeracker und die Beschriftung der einzelnen Schulhäuser zu erwähnen. Die Anschaffungen von Computer und Servern sind wie im Vorjahr mit Fr. 60'000.- veranschlagt.

Die Erhöhung der Position Klassenlager sind auf mehr Klassen zurückzuführen.

Die Schulgelder an andere Gemeinden, insbesondere an das Gymnasium Wetzikon sind infolge unterdurchschnittlicher Schülerzahl aus Uster stark gesunken, von 900'000.- auf Fr. 630'000.-.

Die Hauswirtschaftschule beansprucht 10% Mehrauslagen für Verbrauchsmaterial.

Der gesamte Schulbetrieb verteuert sich, infolge der Zertifizierung der BWS, höherer Lehrerschaft und einer Entschädigung an die Kustoden (ein Lehrer mit Zusatzaufgaben). Gleichzeitig erhöht werden die Kosten der Schulreisen und Exkursionen infolge höherer Schülerzahlen.

Der um 70% erhöhte Betrag der Werbung soll der BWS die nötigen aussergemeindlichen Schüler herbringen, welche willkommene Einnahmen generieren.

Der schulpsychologische Dienst teuer wird um 6% teurer, ein Zeichen der Zeit.

Bei der Sonderpädagogik fallen die Positionen Integration, Timeout und Schulsozialarbeit auf, welche von 50'000.- auf Fr. 123'000.- erhöht werden.

#### **Zu den Investitionen:**

Für die Turnhalle Freiestrasse soll ein Projektierungskredit von Fr. 250'000.- im Jahre 2007 dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Die grösseren Auslagen im SH „Weidli“, total Fr. 300'000.- teilen sich in Fr. 200'000.- für den Ersatz der Heizung und Fr. 100'000.- für Renovationen wie Fenster usw.

(Alles seien gebundene Auslagen, so die Auskunft der Oberstufe und damit kein Antrag an den Gemeinderat. Die BWS-Erweiterung und Sanierung belastet noch mit Fr. 600'000.-, das SH ist fertig erstellt und die Abrechnung ist in Arbeit.

#### **Zum Antrag**

Die RPK beantragt, den Voranschlag der Oberstufe für das Jahr 2007 zu Annahme.

#### **Claudia Geisenberger** nimmt namens der SP-Fraktion Stellung:

Zum Voranschlag der Oberstufenschulpflege möchte sich die SP-Fraktion auf die Erwähnung von zwei Punkten beschränken.

Die SP-Fraktion zeigt sich sehr erfreut über die Bemühungen in der Schulsozialarbeit. Endlich wird hier Geld bereitgestellt, das schon lange dringend nötig gewesen wäre. Es ist zu hoffen, dass der Aufbau der Schulsozialarbeit schnell voranschreitet, und wir im nächsten Jahr bereits erste Ergebnisse davon sehen können. Gerade das Geschehene in Zürich Seebach zeigt die Wichtigkeit dieser Arbeit auf. Die Stadt Zürich, die die Schulsozialarbeit nach einem erfolgreichen Pilotprojekt 2006 definitiv eingeführt hat, denkt nun bereits über einen Ausbau derselben nach.

Die Schulsozialarbeit soll als Vernetzungs- und Triagefunktion dienen und damit die Lehrerschaft entlasten. Mit einer gut funktionierenden Schulsozialarbeit sollen Probleme frühzeitig erkannt und gelöst werden können, um Eskalationen und Gewalt zu verhindern. Dies hilft letztendlich auch Kosten zu sparen.

Für die Gestaltung der Weisung Nr. 39 finden wir weniger lobende Worte. Das Durcharbeiten derselben gestaltet sich als sehr mühsam, da Erklärungen zu Veränderungen des Voranschlages gänzlich fehlen und bei Bedarf alles nachgefragt werden muss. Wir hoffen, dass die Umstellung auf NPM baldmöglichst erfolgt und uns dadurch die Zusammenarbeit erleichtert werden kann.

Auch vom Globalbudget und Leistungsauftrag der Kunst- und Sportschule Oberland (KuSS) erwarten wir im nächsten Jahr aussagekräftigere Indikatoren und weitere Ergänzungen und Berichte zu ihren Kennzahlen. Das bereits nach NPM vorgelegte Globalbudget kann in seiner Aussagekraft noch deutlich verbessert werden.

Trotz den kritisierten Punkten wird die SP-Fraktion dem Voranschlag der Oberstufe zustimmen.

Claudia Geisenberger

**Walter Meier** spricht namens der EVP-/GLP-Fraktion:

Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Der Voranschlag der Oberstufe Uster sieht einen Aufwandüberschuss von 488'000.— und Netto-Investitionen von 5'150'000.— vor. Da die Abschreibungen annähernd 2.5 Mio. betragen, reden wir von einem Finanzierungsfehlbetrag von rund 3.2 Mio. Franken. Der Steuerfuss soll unveränderte 19 % betragen.

Trotz dieser Zahlen ist die EVP/GLP-Fraktion der Meinung, dass die Finanzlage der Oberstufe Uster mittelfristig betrachtet, als gesund bezeichnet werden kann. Dies aus folgendem Grund:

Die Oberstufe Uster hat 4 Schulanlagen; diese haben rund alle 20 Jahre einen Investitionsbedarf von max. 10 Mio.

Der Cash flow (Abschreibungen + Ergebnis laufende Rechnung) beträgt rund 2 Mio. Franken. In 10 Jahren können somit, bei gleich bleibenden Rechnungsergebnissen, rund 20 Mio. Investitionen finanziert werden. Das reicht.

Wir sind im Moment in einer Phase von intensiver Investitionstätigkeit: 2006: rund 6.5 Mio., 2007: rund 5.1 Mio., 2008: rund 3.2 Mio. Doch sinkt danach der Investitionsbedarf rapide. Dann muss wieder Eigenkapital gebildet werden, um zukünftige Investitionen zu decken.

Die EVP/GLP-Fraktion wird dem Voranschlag 2007 der Oberstufe Uster zustimmen und unterstützt den Antrag auf Beibehaltung des Steuerfusses.

Walter Meier  
Gemeinderat

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:  
Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 31 : 0 Stimmen**

**Der Voranschlag 2007 und die Investitionsrechnung 2007 der  
Oberstufenschulgemeinde Uster wird genehmigt.**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 31 : 0 Stimmen**

**Der Steuerfuss zur Deckung des Aufwandes der Oberstufenschulgemeinde Uster  
wird auf 19% des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.**

### **3 Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsaufträge 2007 - 2010 und Globalbudget 2007 (Antrag Nr. 40)**

Es folgt die einleitende Debatte. Der Vorsitzende erläutert dazu das detaillierte Vorgehen der Budgetberatung und das Abstimmungsprozedere. Er weist insbesondere darauf hin, dass die Basis für die Beratungen sämtlicher 17 Leistungsaufträge bzw. Globalbudgets, Seiten B1 – B145 mit den nachgelieferten Ergänzungen des Novemberbriefes des Stadtrates vom 7. November 2006.

Finanzvorstand **Heinz Wolfensberger** referiert zum Voranschlag 2007.

#### **Voranschlag 2007**

Ich danke ihne, dass ich ihne churz de Voraschlag 2007 vo de Stadt Uschter, nach de Verabschiedig vom Novämberbrief, dörf presentiere.

Also start ich mit de Übersicht uf de Site 3 i eusem Bricht bzw. Site 1 vom Novämberbrief. Mir budgetierted i de laufende Rächmig 2007 neu en Ufwandüberschuss vo rund 655'000 Franke. Gägeüber em Voraschlag 2006 ergit sich es um rund 0,7 Millione Franke bessers Ergebnis. Das Jahr werded mir, ufgrund vo höche Buechgwünn us Landverchäuf, höhere Stürinahme und ere Rückerstattig vom Spital Uster us em Rächmigsabschluss 2005 sowie tüfere Abschriebige ufgrund vo de Hochrächmig, mit emene Ertragsüberschuss vo rund 4,7 Millione Franke i de laufende Rächmig dörf rächne. Die Zeit aber vo Ertragsüberschüss im zweistellige Millioneberich sind definitiv für die nächscte Jahr verbi. Di finanziell Usgangslag vo de Stadt Uschter chann aber als sehr guet, ja „Kern“ gsund bezeichnet werde, was au i dem vor eim Jahr s'érscht mal publizierte und i dem Jahr wiederholte Rating vo de Zürcher Kantonalbank bestätiged wird. D Stadt Uschter isch zäme mit de Städt Züri, Aarau und Lugano mit em beschte Rating AA+ bewertet worde. Daher isch de Stadtrat überzügt, dass dä budgetierte Ufwandüberschuss vo 655 000 Franke für § 2007 finanzpolitisch absolut verträtar isch.

Im Verwaltungsvermöge sind im Jahr 2007 Nettoinvestitione i de Höchi vo 28,6 Millione Franke vorgeseh. Obwohl de Sälbschtfianzierigsgrad nur ungnüegendi rund 44 % wird beträge, müend mir euis dank emene höche Bestand a flüssige Mittel au im Jahr 2007 nöd neu verschulde, sondern chönd s'hächscht Jahr sogar no fälligi Darlehe i de Grösseordnig vo 5 Millione zruggzahle. Di lanfrischtige Schulde reduziered sich so uf 50 Millione Franke.

S'Eigekapital sinkt zwar ufgrund vo de gsetzlich vorgeschribene Neubewertig vo de Ligeschafte um 6 Millione uf en Wert vo 99,2 Millione Franke. Die Ligeschafteneubewertig muess aber vom Kanton no gnehmiget werde und die isch zur Zyt no usstehend. Dank aber dem für das Jahr zu erwartende Ertragsüberschuss und trotz em budgetierte Ufwandüberschuss für § 2007 werded mer per Ändi 2007 bereits wieder dütlich über 100 Millione Eigekapital ligge.

De Stadtrat haltet a sim Ziel fescht und strebt au i Zuekunft en Gsamt-Stürfuess i de Nächi vom kantonale Mittel a, um für natürlichi wie juristisch Personene attraktiv z'bliebe. Daher beatreit er ihne de Stürfuess unveränderet bi 98 % z'fah. Da au d Oberstufeschuelmeind e kei Erhöchig vom Stürfuess vorgeseht, bleibt de Gesamtstürfuess also unverändert bi 117 %.

Bevor ich zu de Investitionsrächmig und -planig wächsle no e paar Bemerkinge zu de Entwicklig i de Vergangeheit und zur Ifüehrig vo de Choschte und Leischtigrächmig. Dank höche Ertragsüberschüss ufgrund vo Mehrinahme bim Stürchraftusgleich und höhere Stürinahme, insbesonderi bi de Grundstüre und bi de Stüre Vorjahr, händ sich d Finanzdate vo de Stadt Uschter bis zum Jahr 2002 erfreulich entwicklet. S'Eigekapital isch uf knapp 100 Millione agwachse und di langfrischtige Schulde händ glichzeitig chöne markant reduzieret werde. D'Investitione händ chöne us em Cash Flow finanziert werde. I de Rächmigsjahr 2003 und 2004 händ dänn s'érscht mal sit langer Zit chlini Ufwandüberschüss müese in Chauf gno werde. D'Änächerig vo de Stürchraft vo de Stadt Uschter a s kantonale Mittel, händ Minderinahme vo knapp 8 Millione Franke oder 15 Stürprozänt zur Folg gha. Mehrinahme aber bi de Stüre Vorjahr, höchi Buechgwünn und Minderusgabe i einige Bereich händ

aber derzue geführt, dass im Rächnigsjahr 2005 bereits wieder en Ertragsüberschuss vo 6,3 Millione hät chöne erzielt werde. Au für das Jahr rächned mir ufgrund vo de Hochrächnig, wie bereits gseit, mit emene Ertragsüberschuss vo 4.7 Millione Franke. S'Eigekapital blibt also öppis über 100 Millione Franke und das isch e finanziell gueti Basis für die kommende Jahr.

Vill Pionierarbet isch au bi de lführig vo de Koschte- und Leischtigsrächnig, intern, i de Stadtverwaltig gleichtet worde, da uf wenig oder e kei Erfahrig bi andere Gmeinde oder Städt hät chöne zruggriffe werde. Mit de flächedeckende lführig vo de KLR isch en muetige und konsequänte Schritt gmacht worde. Es werded interni Leischtige, det wo s sinnvoll isch, verrächnet. So werded bispielswis Personalchöschte, Informatikchöschte, Versichigschoschte und sowiter verrächnet. D'Verrächnige erfolged aber nach em Prinzip, dass nur Leischtige witerverrächnet werded, bi wellne de Leischtigsempfänger d Bezugsmängi und damit d Chöschte au beiflusse chan. D KLR wird vor allem für d Abteiligs-, Gschäftsfäld- und Leischtigsgruppeleiter es betrieblichs Führigsinstrumänt werde, wo s zäme mit em Controller und de politische lführig azwände und z'nterpretiere gilt. Die mit de KLR gschaffene Strukture richtet sich nach de Bedürfnis vo de Führigschräft vo de Stadt Uschter und schaffed hoffentlich e höchi Entscheidigs- und Ergäbnistransparänz.

Ich chume zu de Investitionsrächnig und -planig uf de Site 17 und fortfolgendi. I dem Zämmehang möcht ich Sie druf hiwiese, dass de ganzi Investitionsplan 2007 bis 2010 vollständig als Ahang euisem Bricht bigheftet worde isch. Det druse gsehnd sie i allne Detail, wänn und i was, wievill i de kommende Jahr investiert wird.

Mit über 113 Millione Franke i de kommende vier Jahr isch s'Investitionsvolume natürlich üssersch hoch. Es sind im Bereich „Infrastruktur und Unterhalt“ rund 41 Millione, bi de „Primarschuel“ guet 40 Millione Franke und im „Betreute Wohne“ guet 19 Millione Investitione planet. Es bliebed also nur no grad rund 13 Millione, uf vier Jahr verteilt, wo i andere Gschäftsfälder, wie Kultur, Liegeschafte, Sicherheit und Sport, chönd igsetzt werde. Mir vom Stadtrat händ Prioritäre bi de Bildig, bi de Infrastrukture und im Betreute Wohne gsetzt, wo sälbverständlich no dur sie müend unterstützt und gnehmiget werde. Trotz dene höche jährliche Investitions-Tranche vo gäge, ja über 30 Millione Franke, isch de Stadtrat de Meinig, dass s'Investitionsvolume nach de öppis schwächere vergangene Jahr, tragbar isch, wänn nöd durend neu Investitionsprojekt derzue chömed. Mir vo de Finanze werded sälbverständlich mit allne euis zur Verfüegig stehende Mittel, au witerhin a finanzpolitisch praktikable Lösige schaffe und versueche, de Finanzhushalt vo de Stadt trotz dene höche Investitione mittelfrischtig wieder usgliche z'gstatte.

Ich chume zu de Schlussbemerkinge.

Mir freued euis ufgrund vo de Hochrächnig für das Jahr, mit emene Ertragsüberschuss i de laufende Rächnig vo ca. 4,7 Millione cöne z'plane. Mit dem guete Resultat und de grundsätzlichsunde Finanzbasis vo de Stadt Uschter isch es ohni Stüfusserhöchig finanzpolitisch verträubar, für s'Jahr 2007 en Ufwardüberschuss vo öpis über 655'000 z'budgetiere. Die possitivi Usgangslag, dörf aber uf kein Fall, für d'Verwaltig oder für d'Politik en Freipass si, für e schlächteri Usgabedisziplin. Nur mit vereinte Chräft, wird s' euis glinge, de Finanzhushalt vo de Stadt Uschter mittelfrischtig wieder usgliche z'gstatte. Di ständigi finanzpolitische Wachsamkeit bi allne Gschäft mit finanzielle Uswürkige, isch hüt und i Zuekunft nach wie vor zwingend.

De Stadtrat isch ufgrund vo de mitglieferete Finanzplanig überzügt, dass de Zitpunkt für e Reduktion vom Stüfueß nöd gäh isch. Die nach wie vor sehr höche Investitione und die dadrususe resultierende Folgechöschte (Abschriebige und Zinse) würked sich nach wie vor stark uf die zuekünftig Entwicklig vom Finanzhushalt us. Im Sinn vonere zuekunftsorientiere und nachhaltige Finanzpolitik gseht de Stadtrat daher e kein Spielrum für Stüfueßsänkige.

Im Sinn aber vo dene vom Stadtrat definierte finanzpolitische Ziel, soll de lwohnerinne und lwohner vo Uschter sowie de ortsasässige Unternehme mit emene guete Leischtigsagebot de gröschtmöglichscht Nutze erbracht werde. Mit emene mittelfrischtig usgliche Finanzhushalt soll verhinderet werde, dass Laschte vo einere Generation uf die nächschti verschobe werded. Mir sind das doch schliesslich au euisene Chinde schuldig!

Euse Finanzhushalt isch gägewertig no in ere gute, ja sehr guete Verfassig. Hebed mer em also Sorg und gönd witerhin sorgfältig mit dene öis avertroute Gälde um. Wänn mir i de kommende Jahr, dä zu bewältigendi Investitionsschub nöd regelmässig mit neue Projekt tüend ergänze, und nach de planete Projekt wiede e Abflachig vo de Investitionstätigkeit erreached, glaub ich, dass es euis wird glinge e gsunds Hushaltsglichgewicht ufrächtzerhalte.

**Stefan Lehmann** als Präsident der Rechnungsprüfungskommission würdigt den Voranschlag und gibt eine Zusammenfassung der entsprechenden RPK-Sitzung vom 20. November 2006.

Herr Präsident  
Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen  
sehr geehrte Damen und Herren

Vor einer Woche haben sich 8 von 9 RPK-Mitglieder für die Voranschlags-Beratung 2007 getroffen. Der Finanzvorsteher Heinz Wolfensberger und der Finanzchef der Stadt Uster Thomas Kuoni haben uns bereitwillig Auskunft erteilt und uns auch über die aktuelle Situation in Form des Novemberbriefes informiert. Da bereits im Vorfeld von Steuerfussreduktionen in der Presse geschrieben wurde, sind auch rechnerische Szenarien ermittelt worden, die sich aus veränderten Abschreibungen und Steuereinnahmen ergeben würden. Ich bedanke mich im Namen meiner RPK-Kollegen für die umfassenden Arbeiten, Dokumentationen und Gespräche der Finanzabteilung. Sie hinterlassen einen fundierten, transparenten und professionellen Eindruck und erleichtern der RPK den Entscheidungsprozess.

Das laufende Jahr 2006 wird aufgrund der Hochrechnung nicht mit einem Defizit von CHF 1,3 Mio. sondern mit einem Plus von CHF 4,7 Mio. abschliessen, eine Abweichung von CHF 6 Mio. Im Investitionsbereich werden Nettoinvestitionen von CHF 11,7 Mio. erwartet.

In der Eintretensdebatte wurden bereits Anträge für Steuerfussreduktionen eingebracht, weshalb entscheiden wurde, die entsprechende Debatte vor der Budget-Schlussabstimmung durchzuführen, weil damit die Steuererträge entsprechend reduziert würden. Ein RPK-Mitglied hat gleichzeitig seiner Erwartung Ausdruck gegeben, dass für Steuersenkungsanträge entsprechende Sparvorschläge eingebracht würden.

Eine Frage an die Finanzabteilung war, ob eine Möglichkeit besteht, sämtliche Kosten von Berateraufwendungen pro Geschäftsfeld zu eruieren. Diese Arbeit gestaltet sich jedoch schwierig, da verschiedene Arten von Drittleistungen in der Buchhaltung erscheinen.

Eine weitere Frage an die Verantwortlichen war, ob es überhaupt mit den vorhandenen Ressourcen möglich ist, die geplanten 38 Investitionen von CHF 28,6 Mio. zeitkonform 2007 umzusetzen. Da alle Projekte mit den Abteilungsleitungen besprochen worden sind, wurde dies bestätigt.

Anschliessend hat die RPK sämtliche 16 Geschäftsfelder mit den Informationen und Anträgen aus den Sachkommissionen beraten. Aus der vorliegenden Tabelle geht hervor, dass die Debatte mehrheitlich um Leistungs- und Wirkungszielanpassungen als auch um Anpassungen von Indikatoren ging. Es wurden keine weiteren Abteilungsleitungen mehr beigezogen. Die einzige betragliche Diskussion fand um GF Kultur statt. Wir kommen später darauf zu sprechen.

Alle Geschäftsfelder mit den Leistungen und den Globalkrediten wurden genehmigt, mit den um die im Novemberbrief enthaltenen finanziellen Aenderungen:

- erhöhter ZKB-Gewinnanteil
- erhöhte Abschreibungen durch Schulinvestitionen
- Reduktion durch ZVV-Budget-Reduktionen
- Erhöhung durch Spital-Budget-Erhöhungen

Anschliessend fand die Steuerfussdebatte in der Rechnungsprüfungskommission ihren Niederschlag mit folgendem Entscheid:

Die RPK schlägt dem Gemeinderat vor, den Steuerfuss um 3 % auf 95 % zu senken, dies bei 4 : 4 Stimmen, mit Stichentscheid durch den Präsidenten.

Zu diesem Ergebnis kam es wie folgt:

1. Zuerst erfolgte ein Antrag von ./ 3 % Senkung
2. Dann ein solcher von ./ 2 % Senkung
3. Zuletzt wurde eine Erhöhung von + 1 % in die Debatte geworfen

Die Diskussion fand mit folgenden Argumenten statt:

für Senkung:

- erneut positiver Rechnungsabschluss mit Zusatzabschreibungen zu erwarten anstelle von roten Zahlen, bei sehr solider Finanzlage
- Erhöhung der Steuern um 2 % aus dem Jahre 2004 kann nicht mehr mitgetragen werden
- gute Wirtschaftslage und anhaltend hoher Steuerertrag

für Beibehaltung/Erhöhung:

- verantwortungslos gegenüber dem Personal, da es beim Kanton praktisch eine Nullrunde gibt, aufgrund der schlechten Finanzlage
- Landverkäufe sind einmalig und nicht nachhaltig
- keine Ausdehnung von Personal im Polizeiwesen beantragt

Anschliessend wurden die beiden Anträge für eine Senkung von ./ 2 % und für + 1 % in dieser Reihenfolge zurückgezogen.

Nach der Abstimmung wurde ein Rückkommensantrag auf den Antrag ./ 2 % als Ordnungsantrag gestellt, jedoch bei 4 : 4 mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.

Aufgrund der vorgeschlagenen Steuerfussreduktion um ./ 3 % reduzieren sich die gesamten Erträge auf CHF 190'012 Mio. und das Defizit erhöht sich bei Aufwendungen von CHF 192'474 Mio. mit der Kürzung im Kulturbereich um CHF 50'000.-- auf CHF 2'412 Mio.

-> Diesem Budget wurde nur mit Stichentscheid des Präsidenten, bei 4 : 4 Stimmen entsprochen.

Die geplante Investitionsrechnung von Fr. 28,6 Mio. ins Verwaltungsvermögen als Planvorgaben, wie sie vom Stadtrat mit Novemberbrief vorgeschlagen ist – nahm die RPK einstimmig an.

Danke für die Aufmerksamkeit

Stefan Lehmann

Für die SVP-/EDU-Fraktion gibt **Rolf Denzler** eine Gesamtwürdigung ab:

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat einen sehr vorsichtigen Voranschlag 2007 vor, welcher gemäss Novemberbrief einen Aufwandüberschuss von noch CHF 655'900 aufweist. Bei einem veranschlagten Aufwand von rund CHF 193 Mio. ist das quasi eine rote Null. Also ausgeglichen, damit könnten wir eigentlich zufrieden sein. Die SVP/EDU-Fraktion beurteilt die Budgetierung auf der Einnahmenseiten als zurückhaltend. Wir haben Verständnis für eine vorsichtige Budgetierung. Doch aufgrund der positiven Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre und der momentanen erfreulichen Wirtschaftssituation mit den positiven Aussichten sind die Erträge für das Jahr 2007 verhalten eingestellt. Auch die Hochrechnung 2006 prognostiziert einen sehr positiven Rechnungsabschluss (rund CHF 5,0 Mio. Ueberschuss). Trotz rosigen Aussichten und der gesunden Finanzen wird eine starke Belastung wegen künftiger Investitionen des städtischen Finanzhaushaltes heraufbeschwört.

Aufgrund dieser nachhaltigen Ausgangslage, in Verbindung mit den Konjunkturaussichten und der guten Finanzsituation der Stadt Uster ist eine Steuerfussreduktion für das kommende Jahr logische Konsequenz, nur schon um die per 2004 beschlossene 2 %-ige Steuerfusserhöhung rückgängig zu machen.

Die guten Rechnungsabschlüsse haben neue Begehrlichkeiten geweckt. Bedenken wir, dass wir beim städtischen Haushalt über fremdes Geld verfügen. Die Einwohner und Einwohnerinnen von Uster haben Anrecht auf eine sparsame und mässige Ausgabenpolitik. Bei Ausgabenpositionen zur staatlichen Förderung wünschbarer Lebensstile ist aus unserer Sicht Zurückhaltung angezeigt. Wir werden uns gegen diesbezüglich überbordende Ausgaben einsetzen.

Wegen der per 2007 einzuführenden Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sind Vergleiche mit den Voranschlägen und Abschlüssen vergangener Jahre schwierig und nur beschränkt vergleichbar. Die Resultate 2007 bzw. der Abschluss 2007 lassen eine griffigere Steuerung der Leistungen erst für das Jahr 2008 zu. Hier liegen unsere Erwartungen, dass mit der KLR die Indikatoren auf ihre Wirkung überprüft werden können. Das Budget 2007 ist somit für die SVP/EDU-Fraktion eine Zwischenphase bis Zahlen der KLR, welche die Aufwände für die einzelnen Projekte und Leistungen detaillierter ausweisen.

Eine unternehmerische Verwaltung muss schlank und effizient sein. Trotz NPM spüren wir davon noch so nicht viel. Die Aufwandentwicklung lässt sich nicht nur mit dem Bevölkerungswachstum unserer Stadt rechtfertigen. Wir erwarten mit der neuen KLR verfeinerte Grundlagen und eine verbessertes Führungsmittel für die Festlegung der Ausgaben.

Apropos Investitionsrechnung: Die für das Jahr 2007 geplanten Investitionen von CHF 28,6 Mio. sind für die SVP/EDU-Fraktion äusserst ambitiös. Wir bezweifeln, dass alle eingestellten Investitionsprojekte realisiert werden können. Wir stellen erneut die Sorgfalt bei der Planung der Investitionsvorhaben in Frage. Nicht realisierte Investitionen belasten die städtische Rechnung negativ. Mit einer durch die Finanzabteilung vergeblich dafür bereit gestellten Liquidität, welche dann nicht beansprucht wird, werden unnötige Finanzierungskosten generiert. Die SVP/EDU-Fraktion steht hinter der Beteiligung der Stadt Uster von CHF 400'000 an der vom Gewerbeverband Uster geplanten neuen Weihnachtsbeleuchtung. Diese wird sowohl für den Stadtkern mit dem ortsansässigen Gewerbe als auch für die Bevölkerung eine Bereicherung darstellen. Sollte vom Gewerbeverband die restliche, noch offene Finanzierung der neuen Weihnachtsbeleuchtung auch mittels Sponsoren nicht erbracht werden können, so erwarten wir vom Stadtrat, dass er sich für dieses Projekt zusätzlich finanziell engagiert und dieses nicht zum Scheitern kommen lässt. Zu Weihnachten 2008 sollen die Sternenbilder in Uster erleuchten.

Die SVP/EDU-Fraktion wird sich bei der anschliessenden Beratung des Voranschlages nur punktuell zu einzelnen Geschäftsfeldern verlauten lassen.

27.11.2006  
SVP-Fraktion  
Rolf Denzler, Fraktionschef

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Es folgt die Detailberatung nach Geschäftsfeldern.**

### 3.1 GF Primarschule

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Marianne Siegrist**. Sie weist namentlich auf die Anträge aus der KBK hin, denen die Kommissionsmitglieder dreimal 5 : 4 bzw. einmal einstimmig zugestimmt haben. Das Geschäftsfeld wurde 6 : 3 angenommen.

Antrag KBK (I): Zu LG Unterstützende Angebote, B-136, Wirkungs- und Leistungsziele: "Auffangzeiten ab 7.30 Uhr in allen Schuleinheiten flächendeckend ab Schuljahr 2007/2008 anbieten. "  
5 : 4 angenommen.

Antrag KBK (II): Zu LG Unterstützende Angebote, B-136, Wirkungs- und Leistungsziele: "Flächendeckende Tagesstrukturen gemäss Vorgaben neues Volksschulgesetz ab Schuljahr 2007/2008 anbieten. Beginn Einführung soweit als möglich ab Schuljahr 2008/2009. "  
5 : 4 angenommen.

Antrag KBK (III): Zu LG Unterstützende Angebote, B-136, Wirkungs- und Leistungsziele: "Einführung Ferienhort ab Schuljahr 2008/2009. "  
5 : 4 angenommen.

Antrag KBK (IV): Zu LG Sonderpädagogische Angebote, B-139, Indikatoren: "Durchschnittskosten Sonderpädagogik pro Schüler/in: Fr. 1'390 SOLL 07; Antrag, den Indikator zu den Kennzahlen zu verschieben. "  
Einstimmig angenommen.

Im Vorgespräch mit den Verantwortlichen der Primarschule (Stadträtin Frau Wettstein, Frau Unholz, Herren Göppel und Stüssi), wurden unsere Fragen kompetent beantwortet.

Das Budget 2007 sieht erfreulich aus. Der Globalkredit entspricht ziemlich genau dem Voranschlag 2006.

Die Wirkungs- und Leistungsziele sind treffend formuliert. Die Aufteilung in die gewählten Leistungsgruppen hat sich bewährt. Aufgrund der Vorgaben der Kosten-Leistungsrechnung konnten die Budgets den einzelnen Posten genauer zugeordnet werden. Als Folge haben sich Verschiebungen zwischen den Leistungsgruppen ergeben. Diese buchhalterisch bedingten Verschiebungen erschweren den Vergleich mit dem Budget 2006. Es wurde uns versichert, dass eine Qualitätsprüfung des Budgets gemacht wurde und somit die Zuteilung zu den Leistungsgruppen in Ordnung ist.

Die Schulleitungen wurden erstmals mit der Budgetierung, gemäss Globalbudget konfrontiert, was eine besondere Herausforderung darstellte.

Von der Bildungsdirektion werden die Mehrkosten für die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes für die PS Uster für das Jahr 2007 auf 470'000 Franken beziffert (ohne Kostenübernahme Kantonalisierung Kindergarten).

Im Globalbudget der PS sind keine Kosten der MSUG mehr enthalten. Diese erscheinen neu im GF Bildung.

Bei den Investitionskosten wurden die eingestellten 300'000 Franken für die Tagesstrukturen belassen, um die ohnehin benötigten baulichen Anpassungen frühzeitig in Angriff nehmen zu können.

Die tieferen Kosten in der **LG Regelunterricht** sind auf die eingangs erwähnten Verschiebungen zu anderen Leistungsgruppen zurückzuführen. Es wurde versichert, dass kein Leistungsabbau stattgefunden hat.

Die Kommission wünscht eine neue Kennzahl. Es soll der Anteil der bestandenen Gymiprüfungen bzw. bestandener Probezeiten als Qualitätsindikator aufgenommen werden.

In der **LG Zusatzangebote** sind die Mehrkosten durch Budgetverschiebungen bedingt. Echte Mehrkosten von 200'000 Franken entstehen durch den erweiterten Schwimmunterricht, der ab Sommer 2007 eingeführt werden soll. Im Betrag sind Lohnkosten, Transport und Hallenbadeintritte enthalten.

Wunsch betr. Kennzahl „Anzahl Ausleihen Medien in Schulhausbibliotheken“:

Diese Kennzahl soll in die LG Regelunterricht verschoben werden.

LG Unterstützende Angebote:

Die in der LG Unterstützende Angebote eingesetzten 10 Stellen für Tagesstrukturen wurden nur anteilmässig budgetiert.

Der Antrag, den Indikator Seite B-139 „Durchschnittskosten Sonderpädagogik pro Schüler/in von Fr. 1390“ zu den Kennzahlen zu verschieben, wurde von der Sachkommission sowie von der RPK einstimmig genehmigt. Diesem Indikator wurde kaum ein Steuerungspotential attestiert.

Es wurde eine zusätzliche Leistungsgruppe Schulliegenschaften geschaffen. Diese sollte nächstes Jahr neu ins Organigramm eingefügt werden.

Die höheren Kosten in der Leistungsgruppe Schulliegenschaften sind v.a. auf höhere Nebenkosten wie Strom und Heizung zurückzuführen. Um den Standard von 2 % Unterhaltskosten des Gebäudeversicherungswerts zu erreichen, wird auch längerfristig mit etwas höheren Kosten gerechnet.

Die KBK beschliesst mit 6 : 3 Stimmen, die RPK mit 6 : 2 Stimmen dem Gemeinderat zu beantragen, dem Leistungsauftrag GF Primarschule zuzustimmen.

23. 11. 2006 Marianne Siegrist

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**. Die RPK hat die Anträge mit jeweils 5 : 3 Stimmen (I bis III) bzw. einstimmig (IV) angenommen. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Primarschule mit den vorgeschlagenen Änderungen der KBK mit 6 : 2 Stimmen zur Annahme.

### **Budget 2007 Primarschule / Indikatoren LG unterstützende Angebote**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen

Die KBK stellt bei der Leistungsgruppe „unterstützende Angebote“ den Antrag, die Wirkungs- und Leistungsziele mit folgenden drei Punkten zu ergänzen:

- 1) Auffangzeiten ab 7.30 Uhr in allen Schuleinheiten flächendeckend ab Schuljahr 2007/2008 anbieten.
- 2) Flächendeckende Tagesstrukturen gemäss Vorgaben neues Volksschulgesetz ab Schuljahr 2008/2009 anbieten. Einführung soweit als möglich bereits ab Schuljahr 2007/2008.
- 3) Einführung Ferienhort ab Schuljahr 2008/2009.

Die RPK begrüsst die Aufnahme der von drei neuen Wirkungs- und Leistungszielen mit 5 zu 3 Stimmen.

Allerdings erwartet die RPK vor der Einführung von Auffangzeiten, flächendeckenden Tagesstrukturen und Ferienhort einen entsprechenden Antrag von der Primarschulpflege, welcher im Gemeinderat zu diskutieren ist. In diesem Antrag soll dargelegt werden, wie die einzelnen Angebote umgesetzt werden sollen, welche Kosten zu erwarten sind und welche Beiträge von den Eltern zu leisten sind.

W. Meier  
Gemeinderat

Stadträtin **Sabine Wettstein** ergänzt, dass drei Leistungsziele sich auf das Schuljahr 2008/2009 beziehen und nicht in diesem Budget enthalten sind. Eine Hochrechnung betreffend Tagesstrukturen ab Schuljahr 2007/2008 ergeben Kosten von rund Fr. 80'000 pro Jahr. Ab August 2007 bis Ende Jahr müssen mit Fr. 40'000 gerechnet werden. Die Primarschulpflege ist an den Vorbereitungen für Tagesstrukturen, der entsprechende Antrag wird voraussichtlich im 1. Quartal 2007 dem Gemeinderat vorliegen.

**Werner Hürlimann** spricht namens der SVP-/EDU-Fraktion:

Die SVP/EDU Fraktion kann den Ergänzungen durch zusätzliche Leistungs- und Wirkungsziele nicht zustimmen. Laut Volksschulgesetz müssen die Gemeinden nur bei Bedarf Tagesstrukturen anbieten. Daher ist diese Forderung in den bereits aufgeführten Zielen der LG unterstützende Angebote bereits enthalten. Zudem sind wir der Meinung, dass ein Ferienhort eine Sozialmassnahme ist die nicht im Geschäftsfeld Primarschule erscheinen soll.

Lehnen Sie daher die drei Ergänzungsanträge mit der Minderheit der KBK ab.

**Regula Trüeb** ergreift namens der SP-Fraktion das Wort:

Schon letztes Jahr hat die SP-Fraktion den klar aufgebauten und sorgfältig formulierten LA der PSU gelobt. Unterdessen wurde der LA angepasst, man hat ihn durch die Leistungsgruppe Schulliegenschaften ergänzt und er ist mit zusätzlichen Zahlen auch fürs 2010 noch aussagekräftiger. Der Gemeinderat bekommt so – im Gegensatz zum Budget der Oberstufe - einen vollständigen Überblick über die Ziele, Aufgaben und Kosten der Primarschule Uster heute und in naher Zukunft.

Der Globalkredit ist im ähnlichen Rahmen wie im Vorjahr. Wenn man jedoch die Kosten für den Musikunterricht, der neu im GF Bildung aufgeführt wird, miteinrechnet, erhöhen sich die Kosten der gesamten Abteilung Bildung. Auch bei den sonderpädagogischen Angeboten ist nochmals mehr Geld eingestellt als im Vorjahr. Dies zeigt, dass die Kosten für die Sonderpädagogik auch unter der amtierenden Primarschulpräsidentin, mit mehr Verwaltungspersonal und der Stabstelle Pädagogik nicht so leicht in den Griff bekommen oder gar gesenkt werden können. Die SP-Fraktion erwartet konkrete Ergebnisse von der neuen 60%-Stelle Sonderpädagogik und ist der Überzeugung, dass Schulsozialarbeit in der Primarschule helfen würde, soziale Konfliktsituationen früher zu entschärfen und damit die Kosten in den Griff zu bekommen.

Mit Befriedigung stellt die SP fest, dass im diesjährigen Budget die auch von der SP geforderten Gelder für den Ausbau des Schwimmunterrichts und die Einführung von Tagesstrukturen eingestellt wurden.

Gefreut hat die Fraktion auch, dass die FDP mit ihren drei Ergänzungsanträgen zu den Tagesstrukturen auf die SP-Linie eingeschwenkt ist. Die Einrichtung von Tagesstrukturen ohne Ferienhort machen definitiv keinen Sinn, da ja nicht alle berufstätigen Eltern 13 Wochen Ferien haben wie ihre Kinder. Bedarfsgerechte, professionell geführte Tagesstrukturen inklusiv Auffangzeiten am Morgen und Ferienhort hat die SP Uster schon lange postuliert. Deshalb werden wir die 3 Anträge

geschlossen unterstützen. Auch den andern Anträgen aus der Kommission wird die SP-Fraktion zustimmen und das vorliegende GF PS annehmen.

Nänikon, 27.11.06

Regula Trüb

**Marianne Siegrist** bezieht Stellung namens der FDP-/CVP-Fraktion. Sie stellt eingangs fest, dass die FDP-/CVP-Fraktion die Anträge gestellt hat und nicht wie von Regula Trüb ausgeführt auf die SP eingeschwenkt ist.

Die FDP/CVP Fraktion unterstützt die neuen Wirkungs- und Leistungsziele betr. Tagesstrukturen ganz klar.

Das Stimmvolk hat das neue Volksschulgesetz mit einem deutlichen Mehr von 70% angenommen. Darin enthalten ist die Einführung von Tagesstrukturen. Jetzt muss es endlich vorwärts gehen mit der Umsetzung!

Sinnvolle Tagesstrukturen erleichtern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie erlauben den Frauen in der Gesellschaft eine aktive Rolle zu spielen. Die Gesellschaft hat sich dahingehend geändert, dass nur noch 23% der Mütter mit Kindern unter zehn Jahren nicht teilzeitlich berufstätig sind. Diesem Umstand müssen wir endlich Rechnung tragen. Frauen die ihre Kinder gut betreut wissen, können beruhigt und ohne schlechtes Gewissen einer Erwerbstätigkeit, dies meist teilzeitlich, nachgehen.

Deshalb setzen wir uns auch für einen Ferienhort ein. Berufstätige Eltern haben 4 – 5 Wochen Ferien und nicht 13, wie die Kinder! Die Betreuung soll auch in dieser Zeit sichergestellt werden.

Die Kinder profitieren davon, dass sie während der Abwesenheit ihrer Eltern in der Schule bleiben können, dort die Hausaufgaben erledigen können und mit ihren Kameraden sinnvoll die Freizeit verbringen können.

Selbstverständlich müssen sich die Eltern finanziell am Betreuungsangebot beteiligen. Bei der Berechnung der Elternbeiträge wird das Reglement der Familienergänzenden Betreuung der Abteilung Soziales übernommen. Dies ist von der Primarschule beabsichtigt und in ihren Kostenberechnungen berücksichtigt.

25. 11. 2006 Marianne Siegrist

Es wird nicht über die Anträge separat abgestimmt.

## **Abstimmung**

### **Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 22 : 11 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung GF Primarschule mit den vorgeschlagenen Änderungen zu genehmigen.**

### 3.2 GF Steuerung und Führung

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Thomas Wüthrich**. Er weist namentlich auf den Antrag aus der KÖS hin, dem die Kommissionsmitglieder 8 : 1 zugestimmt haben. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig angenommen.

Antrag KÖS: Zu B-1, Wirkungs- und Leistungsziel; HRM/Personaldienst, drittletzter Bullet: Für die Auszubildenden eine fundierte Ausbildung und Betreuung sicherstellen, damit diese ihren Lehrabschluss bestehen... wird mit „...Diese ihren Lehrabschluss **gut** bestehen“ ergänzt.  
8 : 1 angenommen.

#### Erläuterungen zum GF Steuerung und Führung

##### 1. Leistungsauftrag 2007 – 2010

Seite B1/2: Wirkungs- und Leistungsziele

- HRM.  
Die **Ausbildungsplätze** der Stadt waren ein wichtiges Thema im Rahmen der Diskussionen innerhalb der KÖS. Wie die Stadt Uster in Bezug auf die Ausbildungsplätze im interurbanen Vergleich oder im Vergleich zu KMU dasteht ist nicht bekannt. Der Stadtpräsident versichert aber, dass ihm und der Verwaltung das Anbieten von Ausbildungsplätzen ein zentrales Anliegen sei. Ein weiterer Ausbau der Lehrplätze sei aber angesichts der Platzverhältnisse und des schon jetzt sehr belasteten Personals kaum machbar. Wichtig sei aber auch, den guten Lehrgängern nach dem Abschluss eine Stelle anbieten zu können. So werde die neue Springerstelle (s. Seite B3) an einen Lehrgänger vergeben, der während der Lehre in drei Abteilungen tätig war und deshalb ideal als Springer eingesetzt werden kann.

Bei den Wirkungs- und Leistungszielen Seite B-1 beantragt die KÖS dem Gemeinderat folgende kleine Änderung: Die Auszubildenden erhalten eine fundierte Ausbildung und Betreuung und sollen ihren **Lehrabschluss gut** bestehen

Öffentlichkeitsarbeit. (Seite B-2)

Unter dem Titel Öffentlichkeitsarbeit wurde im Rahmen der KÖS darüber diskutiert, wie und wo in Zukunft die amtlichen Anzeigen publiziert werden. In welcher Zeitung werden sie veröffentlicht? Steht ein eigenes Amtsblatt zur Diskussion? Für 2007 ist das Problem gelöst, die amtlichen Mitteilungen erscheinen sowohl im AvU wie auch im Tages Anzeiger. Darüber hinaus ist noch nichts geklärt. Das Parlament wird sich in einem Jahr intensiver mit dieser Frage auseinandersetzen müssen. Bis dahin klärt der Stadtrat noch ab, wie hoch die Inseratekosten für die amtlichen Mitteilungen im AvU sind und wieviel die Stadt insgesamt für Inserate ausgibt.

- Womit wir zum beim Globalbudget kommen, aber noch beim Thema Öffentlichkeitsarbeit bleiben.

##### 2. Globalbudget 2007

Seite B2: Indikatoren

- Öffentlichkeitsarbeit  
Der Indikator betreffend Internetplattform-Besuche ist für das Jahr 2007 nicht korrekt beziffert. Die Anzahl der Besuche soll 60'000 erreichen (nicht 6'000). Damit sollen im kommenden Jahr rund 30% mehr Besuche verzeichnet werden können als 2006.

Seite B3: Finanzen.

- Die Veränderungen der Budgetposten im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich weitest gehend aufgrund der neu vorgenommenen Zuteilungen des Personals zu den einzelnen Leistungsgruppen. Dies als Folge der umfassend eingeführten Kosten-Leistungsrechnung. Einzig im Bereich HRM wird eine zusätzliche (bereits vorher erwähnte) Springerstelle geschaffen. Der Globalkredit nimmt aber insbesondere wegen der Verschiebung der Materialverwaltung und des Verwaltungsarchivs (vom GF Kultur) um 0,237 Mio zu. Vor allem weil die Materialverwaltung jetzt vollumfänglich im behandelten GF liegt, nehmen auch die internen Verrechnungen zu.

Seite B3: Personal.

- Die Neuzuteilungen spiegeln sich auch im Personalbestand des GF wider, der von 7,6 auf 10,3 Stellen steigt, aber die einzige tatsächlich neue Stelle ist die 50%-Springerstelle auf der Stadtkanzlei. Neu wird auch die Stelle des Controllers separat ausgewiesen.
- Dass bei der Wirtschaftsförderung Null Stellen eingeplant sind, hängt damit zusammen, dass der neue Wirtschaftsförderer nicht von der Stadt angestellt ist, sondern im Auftragsverhältnis arbeitet.

Noch ein Wort mehr zur LG Wirtschaftsförderung (S B5 f.): Seite B5 f.:

Bis dato muss leider eine ernüchternde Bilanz gezogen werden. Doch mit dem neu verpflichteten Wirtschaftsförderer ist wieder Aufbruchstimmung zu spüren. Der neue Mann ist kontaktfreudiger und bringt wohl eher die Voraussetzungen mit, um die gesetzten Ziele erreichen zu können.

Die Kennzahlen sollen gegenüber dem Vorjahr schlanker und klarer sein. Die Steuerungsgruppe wird diese im Laufe des 2007 formulieren, damit sie dann für 2008 verbindliche Werte sind. Dannzumal wird beim Globalbudget wohl auch richtig vom Verhältnis zwischen Arbeitsstellen und Bevölkerung die Rede sein, nicht von Arbeitsstätten und Bevölkerung.

Die Kommission beantragt dem Gemeinderat einstimmig, Leistungsaufträge und Globalbudget des Geschäftsfeldes Steuerung und Führung mit der einen, kleinen Änderung bei den Wirkungs- und Leistungszielen auf Seite B-1 zu genehmigen.

Für die KÖS  
T. Wüthrich

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Rolf Graf** das Resultat bekannt. Die RPK hat den Antrag KÖS mit 7 : 1 Stimme gutgeheissen. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Steuerung und Führung mit der vorgeschlagenen Änderung der KÖS einstimmig zur Annahme.

Es wird nicht über den Antrag separat abgestimmt.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung mit der vorgeschlagenen Änderung zu genehmigen.**

### 3.3 GF Bürger- und Parlamentsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Thomas Wüthrich**. Er weist namentlich auf den Antrag aus der KÖS hin, dem die Kommissionsmitglieder einstimmig zugestimmt haben. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig angenommen.

Antrag KÖS: Zu B-10, Indikatoren, Parlamentsdienst: 2. Bullet: Zeitrahmen Protokollausfertigung innert gesetzlicher Frist, Kommentarspalte. „Der Text „vier Tage vor Gemeinderatssitzung " wird durch „vom Präsidium genehmigter Entwurf vor RPK-Sitzung " ersetzt (betrifft Sachkommissionsprotokolle)  
Einstimmig angenommen.

#### Erläuterungen zum GF Bürger- und Parlamentsdienste

Bleiben wir noch einen Moment bei der Wirtschaftsförderung.

Seite B8 f., Einleitung:

- Aus dem Text sollte die „Wirtschaftsförderung " eigentlich gestrichen werden, da sie jetzt ja beim GF Steuerung und Führung angesiedelt ist.  
Formal steht der Begriff noch am richtigen Ort, da die Wirtschaftsförderung vom Organigramm her nach wie vor dem GF Bürger- und Parlamentsdienst zugeordnet ist. Verwaltungsintern finden in nächster Zeit Gespräche darüber statt, wie die Wirtschaftsförderung dem GF Steuerung und Führung angegliedert werden soll. Ist dies geklärt ergeht ein die Umteilung vollziehender Stadtratsbeschluss!
- Globalbudget:  
In der Zeile „Uster-info " ist der Kommentar zu löschen, stammt aus früherer Version.
- Beim Globalkredit sind einige Veränderungen auffällig. z.B. sinkt der Aufwand bei Diverses um rund zwei Drittel.  
Bis anhin war es so, dass alle von der Stadtverwaltung geführten Telefongespräche Uster-Info belastet wurden. Es handelt sich dabei um einen Budgetposten von rund Fr. 70'000.--. Neu wird es so sein, dass die Telefengebühren den einzelnen Abteilungen weiterverrechnet werden. Deshalb die Minderaufwendungen.  
Interne Verrechnungen (Rückgang von 171 auf 58): Wie bereits erwähnt, fallen rund Fr. 70'000.-- an Verrechnungen Telefonkosten weg. Sodann wurde im Bereich der Verrechnungen der Informatik-Dienstleistungen ein Methodenwechsel vorgenommen: es wird nicht mehr einfach eine Pauschale pro PC sondern der (voraussichtliche) effektive Aufwand der Informatikabteilung erhoben. Dies führt in gewissen Bereichen zu einem erheblichen Minderaufwand im Bereich. Informatik (z.B. Betriebsamt und Parlament) und damit einem Rückgang der internen Verrechnungen. "

Seite B10 f.: LG Parlamentsdienste und Bürgerrecht

- Globalbudget.  
In Zukunft soll die Bearbeitungsdauer eines Bürgerrechtsgesuchs auf durchschnittlich 8 Monate verkürzt werden, der entsprechende Indikator wird also von 9,7 Monaten auf 8 Monate reduziert. Der Wegfall der Bürgerlichen Abteilung des GR hat das Verfahren wesentlich beschleunigt wurde. Dazu trägt auch bei, dass bürgerrechtliche Themen des Stadtrates an einer ordentlichen Sitzung traktandiert und diskutiert werden.

- Indikatoren: einstimmiger Antrag der Kommission:  
Der Kommentar zum zweiten Indikator wird wie folgt geändert:  
vom Präsidium genehmigter Entwurf vor RPK-Sitzung (betrifft Sachkommissionsprotokolle)  
Damit soll die RPK frühzeitig über die Beschlüsse in den Sachkommissionen orientiert werden können.

Seite B12 f.: LG Wahlen und Abstimmungen.

- Globalbudget.  
Die Nettokosten in dieser Leistungsgruppe werden zwar in Bezug auf das Soll 2006 erhöht, in Bezug auf die HR 2006 aber deutlich reduziert. Ob dieser Wert eingehalten werden kann, ist angesichts des grossen Wahljahres unsicher. Umso mehr als laut Stadtverwaltung in diesem Bereich aus Spargründen eng budgetiert wurde.

Seite B13 f.: LG Friedensrichter

- Einleitung.  
Bemerkenswert dünkt die Kommission der Umstand, dass der gesamte Arbeitsanfall noch immer mit den 80% des Friedensrichters bewältigt werden kann. Eine Zunahme der Fälle wird in Aussicht gestellt, doch besteht noch darin eine Reserve, dass die 40%-Stelle für das Sekretariat noch nicht besetzt ist. Die eingeführte EDV erleichterte die Arbeit des Friedensrichters signifikant.

Seite B15 f.: LG Uster info

- Wirkungs- und Leistungsziele.  
Als Ergänzung zu den genannten Zielen will der Stadtrat erreichen, dass Uster Info ein eigentliches Service-Center werden soll, in dem einfache Auskünfte jeglicher Art erteilt und die notwendigen Unterlagen abgegeben werden können.

Das Budget im GF Bürger- und Parlamentsdienste fällt insgesamt um rund Fr. 100'000.- geringer aus als im Vorjahr. Die Kommission empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig Leistungsaufträge und Globalbudgets des GF Bürger- und Parlamentsdienste zu genehmigen, dies inklusive der von der Kommission einstimmig verabschiedeten Änderung des Kommentars beim Indikator unter Parlamentsdienste und Bürgerrecht.

Für die KÖS  
T. Wüthrich

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Rolf Graf** das Resultat bekannt. Die RPK hat den Antrag KÖS einstimmig gutgeheissen. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Bürger- und Parlamentsdienste mit der vorgeschlagenen Änderung der KÖS einstimmig zur Annahme.

Es wird nicht über den Antrag separat abgestimmt.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung mit der vorgeschlagenen Änderung zu genehmigen.**

### 3.4 GF Kultur

Für die Kommission Bildung und Kultur sowie die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**. Er weist namentlich auf den Antrag aus der KBK hin, dem die Kommissionsmitglieder 5 : 4 zugestimmt haben. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig angenommen.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt ebenfalls Walter Meier das Resultat bekannt. Die RPK hat den Antrag KÖS mit 4 : 4 Stimmen (Stichentscheid Präsident) gutgeheissen. Ein Antrag auf Streichung von Fr. 100'000 bei den Feuerpolizeilichen Massnahmen beim Zeughausareal wurde von der RPK mit 2 : 6 Stimmen abgelehnt.

Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Kultur mit dem vorgeschlagenen Kürzungsantrag der KBK mit 5 : 3 Stimmen zur Annahme.)

Antrag KBK: Zu B-18, „Kürzung des Globalbudgets um Fr. 50'000 von Fr. 2'928'000 auf Fr. 2'878'000.“  
5 : 4 angenommen.

Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Das Geschäftsfeld Kultur legt uns ein Budget 2006 vor, das rund Fr. 150'000.— höhere Ausgaben gegenüber dem Budget 2006 vorsieht. Das Budget 2004 war mit Fr. 2,943 Mio. noch etwas höher als das Budget 2007.

Darin enthalten sind:

1.057 Mio. für die Bibliotheken

0.523 Mio. fürs frjz

0.591 Mio. Förderbeiträge Integration, Soziokultur, Jugend und Kinder, Sammelkosten Geschäftsfeld

verbleiben für die eigentliche „Kultur“ noch Fr. 757'000.--; also rund ¼ des Budgets.

Die verschiedenen Förderbeiträge – vorgesehen sind 684'500 – werden als Beiträge an Kulturveranstalter entrichtet. Mit diesen Beiträgen wird Kultur ermöglicht, die Eigeninitiative von Ustermer Bürgern gefördert. Zudem kann gesagt werden, dass der grösste Teil der Förderbeiträge an Vereine und ähnliche Zusammenschlüsse von Menschen geht; Kulturförderung ist demnach auch Vereinsförderung.

Der Mehraufwand gegenüber dem Budget 2006 lässt sich wie folgt begründen:

a) einmalige Beiträge und Umlagerungen (136'500.--)

Fr. 12'000.— Sängerbund (Sonderkonzert)

Fr. 12'500.— Erarbeitung Jugendkonzept)

Fr. 25'000.— Projekt Gewalt (einmalig)

Fr. 15'000.— Beitrag an Holzwurm, um das Gelände „Serafins Garten“ aufzuräumen

Fr. 10'000.— Projekt „Erlebte Geschichte“ (Paul-Kläui-Bibliothek)

Fr. 10'000.— Aufarbeitung Teil 1 Nachlass Grunholzer (Paul-Kläui-Bibliothek)

Fr. 40'000.— jährlicher Beitrag an Holzwurm (wurde bisher von GF Finanzen bezahlt)

Fr. 12'000.— Kosten Stiftungsgründung (falls Abstimmung Villa am Abach durchkommt)

b) Erhöhung aufgrund „externer“ Faktoren resp. Vorgaben anderer Stellen (28'500)

- Fr. 7'000.— Erhöhung in der Leistungsgruppe sozio.kultur (frjz) handelt es sich um erhöhte Lohnkosten.
- Fr. 10'000.— Anteil Miete Zeughausareal
- Fr. 5'000.— Steigerung Mietzins Qbus
- Fr. 6'500.— Stellenaufstockung Paul-Kläui-Bibliothek (seit längerer Zeit bewilligt)

c) vorgesehene Erhöhung von Beiträgen oder neue Beiträge

Die wichtigsten / grössten geplanten Erhöhungen

- Fr. 20'000.— an Holzwurm (Aufstockung aufgrund der Übernahme Serafins Garten)
- Fr. 6000.— an das Swissjazzorama
- Fr. 7500.— an KGU
- Fr. 6000.— NEU an das Theater-Duo Badilatti/Oberholzer \*
- Fr. 15'000.— NEU an Festival Culturescapes; ein solches Festival findet erstmals im November 2006 statt; für das erste Mal konnten Banken als Sponsoren gefunden werden; da noch nicht klar ist, wie sich die Sache entwickelt, wurde dieser Betrag ins Budget aufgenommen; ob es so viel braucht, kann aber heute noch nicht abgeschätzt werden
- diverse kleinere Aufstockungen von 500 / 1000 / 1500.—; vor allem wegen gestiegener Mieten

zu den Investitionen:

- Der grösste Brocken (1,620 Mio.) betrifft die Erweiterung der Stadt- und Regionalbibliothek. Darüber müssen wir heute nicht diskutieren. Das können wir, wenn der Gemeinderat den Antrag des Stadtrates zu beraten hat, was voraussichtlich im 1. Quartal 2007 der Fall sein wird.

Die Kommission Bildung und Kultur hat das Budget GF Kultur an zwei Sitzungen intensiv beraten. Aus Sicht der Mehrheit der Kommission ist die Aufwandsteigerung gegenüber dem Budget 2006 zu hoch. Die Kommission beantragt mit 5:4 Stimmen dem Gemeinderat,

die Kürzung des Budget Kultur um Fr. 50'000.— zu streichen. Grundsätzlich möchte man der Verwaltung überlassen, wo das Budget gekürzt wird; genannt wurden insbesondere, dass man den Flachbildschirm im Foyer weglassen könnte und bei den Förderbeiträgen streichen solle.

Die RPK hat den Kürzungsantrag der KBK ebenfalls beraten und unterstützt diesen mit 4:4 Stimmen (Stichentscheid des Präsidenten). Die RPK hat ebenfalls einen Antrag beraten, die Fr. 100'000.— feuerpolizeiliche Massnahmen im Zeughausareal zu streichen. Die RPK hat diesen Antrag jedoch mit 2 : 6 Stimmen abgelehnt.

Walter Meier  
Gemeinderat

**Reto Dettli** spricht namens der SP-Fraktion:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Der Stadtrat legt im Bereich Kultur ein zukunftsgerichtetes Budget vor. Es zeigt, dass der Stadtrat gewillt ist, der Kultur den ihr gebührenden Stellenwert einzuräumen - der Kultur als wichtigem Beitrag zur Lebensqualität in einem attraktiven Wohnort und als Identifikation für eine Gemeinschaft. Die SP möchte das Globalbudget zum Geschäftsfeld Kultur gerne unterstützen.

Ich erinnere Sie an den vergangenen Abstimmungssonntag. Einerseits hat das Stimmvolk die Vorlage zur Villa am Aabach deutlich den Aabach bachab geschickt. Und andererseits haben wir einen wundervollen Kultursonntag erlebt, von dem ich hoffe, weitere werden folgen. Ich möchte Sie auch daran erinnern, dass das NEIN-Komitee als wichtiges Argument die Meinung vertreten hat, man solle eine gerechte Verteilung an alle kulturellen Kreise vornehmen.

Und einen Tag nach dieser Abstimmung, einen Tag nachdem das NEIN - Komitee mit seinen Argumenten das Stimmvolk überzeugen konnten, einen Tag nachdem viele Kulturschaffende der Stadt und Region gezeigt haben, was in all den kleinen Institutionen und Vereinen drin steckt - einen Tag später also stellt eine Kommissionsmehrheit den Antrag um eine Kürzung des Kulturbudgets von 50'000 Fr.

Das versteht niemand.

Ich bitte Sie zusammen mit uns dieser tollen kulturellen Aufbruchstimmung, die wir gestern erlebt haben, nicht mutwillig den Geldhahn zuzudrehen. Die SP lehnt den Kürzungsantrag im Globalbudget vehement ab.

Reto Dettli

Es wird festgehalten, dass über Kürzungen zwingend separat abgestimmt werden muss.

**Rolf Denzler** wirft ein, dass die SVP-/EDU-Fraktion den Antrag über die Kürzung nicht mehr unterstützen werde. Nach dem Abstimmungsergebnis vom Sonntag betreffend Villa am Aabach müssen ihrer Meinung nach die Wirkungsziele kunst.kultur entsprechend angepasst werden. Sie beantragen daher, die drei Leistungsziele in Bezug auf die Villa am Aabach zu ersetzen.

**René Biber** spricht namens der FDP-/CVP-Fraktion:

Nachdem alles schon gesagt worden ist, verzichte ich als weiterer Redner auf mein vorbereitetes Referat und komme direkt zum Schluss:

Der Stadtrat im Allgemeinen und der Stadtpräsident im Besonderen sind gefordert. Wir erwarten eine Standortbestimmung unter Berücksichtigung des gestrigen Abstimmungsergebnisses. Ein Betrag von Fr. 50'000 ist ein marginaler Betrag im Gesamten und darf nicht zentral in der Diskussion stehen, was zu befürchten wäre, wenn der Kürzungsantrag als einzige budget-relevante Massnahme des GR gutgeheissen würde.

Deshalb sind wir von der FDP/CVP-Fraktion heute gegen eine Kürzung, erwarten aber eine grundsätzliche Neuüberprüfung im GF Kultur.

René Biber, Referent FDP/CVP-Fraktion

**Martin Gasser** ergreift das Wort. Er stellt namentlich den nachfolgenden Antrag:

Sehr geehrter Präsident,  
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,

Zum GF Kultur(B19) möchte ich im Namen unserer SVP/EDU Fraktion folgenden Antrag stellen.  
**Bei der Investitionsplanung im GF Kultur sind die Fr. 100'000.- für das Zeughausareal zu streichen.**

Grund. Es macht absolut keinen Sinn, in ein Gebäude so viel Geld zu investieren wenn es erstens einem nicht gehört, und zweitens überhaupt kein Konzept besteht. Trotz eines befristeten Mietvertrages könnte das Objekt jeder Zeit verkauft werden.

Weiter haben die Feuerpolizeilichen Massnahmen bis Heute auch genügt.

Sollte aber gar eine Umnutzung in Betracht gezogen werden, würden noch viel höhere Kosten anfallen. Darum keine Investitionen solange es einem nicht gehört und ein klares Konzept vorliegt.

**Walter Meier** ergreift namens der EVP-/GLP-Fraktion das Wort:

*Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen*

Wir diskutieren den Antrag, das Budget 2007 im GF Kultur um Fr. 50'000.— zu streichen. Dazu eine Anmerkung.

Die Stadt Winterthur ist mit ca. 96'000 Einwohnern (gemäss Ihrer Homepage) ziemlich genau 3 x so gross wie die Stadt Uster. Ebenfalls gemäss Homepage betrug im Jahr 2005 das Kulturbudget fast 23 Mio. Franken, das sind 7.7 Kulturbudgets der Stadt Uster 2007. Ein paar Zahlen:

- die eigenen Museen lassen sich die Winterthurer 3 Mio. kosten, mit weiteren 3 Mio. werden Museen subventioniert, die nicht der Stadt Winterthur gehören.
- Das Orchester Musikkollegium war den Winterthurer 2,3 Mio. Franken wert, weiter wurde Musik mit nochmals 600'000 subventioniert.
- Das Theater Winterthur kostete die Steuerzahler 3.2 Mio., mit weiteren 900'000.— wurden Einrichtung im Bereich Theater / Tanz subventioniert.
- Die Bibliotheken kosteten rund 6.5 Mio. Franken; umgerechnet auf Ustermer Verhältnisse investiert man hier das Doppelte!
- Nebst den bereits genannten rund 7 Mio. Subventionsbeiträgen, die betraglich festgelegt an bestimmte Institutionen gehen, richtet man nochmals rund 1 Mio. an Förderbeiträgen aus (in Uster sind es gerade mal 700'000.--).
- Das Kulturzentrum alte Kaserne kostet nochmals fast 1.4 Mio.
- Die Kosten für Quartierkultur und ähnliche Einrichtungen wie unser frjz sind in den erwähnten 23 Mio. nicht enthalten, in unserem Kulturbudget aber sehr wohl.

Fazit: wer in Uster von einem hohen Kulturbudget spricht, verkennt die Verhältnisse.

Walter Meier  
Gemeinderat

**Reto Dettli** kritisiert mündlich vorgetragene Anträge auf Abänderung von Wirkungszielen, er möchte sie noch schriftlich haben. Im Grundsatz ist man sich einig, nämlich das der Stadtrat eine weitere Nutzung der Villa an die Hand nehmen soll. Die Umsetzung der Ziele der Villa am Aabach werden auch im Jahr 2007 angestrebt, denn 2007 muss noch geordnet durchgeführt werden; inkl. der geplanten Ausstellungen. Die SP-Fraktion wird Anträge in dieser Art nicht unterstützen.

Stadtpräsident **Martin Bornhauser** wollte eigentlich ein Plädoyer gegen die Kürzung halten. Dass die Villa in der heutigen Form so nicht mehr weitergeführt werden kann, ist klar. Politisch gesehen könne so nicht weitergegangen werden. Die gestrige Abstimmung ist kein Unfall, sondern eine Krise, die zum Handeln Anlass gibt. Es muss dringend eine Bestandesaufnahme gemacht und Varianten ausgearbeitet werden, die dem Gemeinderat vorgelegt werden können. Es wird also etwas passieren. Deshalb die Bitte an den Rat, vorläufig keine Abstriche zu machen. Es gilt, noch Verbindlichkeiten einzuhalten. Man wird etwas Neues unterbreiten das von allen getragen werden kann. Der kulturelle Standort Uster muss gestärkt und die Lebensqualität gesteigert werden. Zum Thema Zeughaus: Ein Konzept ist in Erarbeitung. Feuerpolizeiliche Massnahmen sind je nach Nutzung verschieden. Verkaufsverhandlungen sind noch offen, der Gestaltungsplan steht. Es gibt dort kein Wasser, keine Heizung und keine Entsorgung. Deshalb die Bitte, die Investition nicht zu streichen.

**Thomas Wüthrich** spricht namens der Grünen: Die Villa am Aabach soll Ort der Kultur bleiben. Es ist wichtig, dass die Politik und die Künstler/innen aus Uster umsetzbare Konzepte erarbeiten. Ganz

grundsätzlich ist abzuklären was für ein Potenzial in der Villa steckt. Es sind auch Komponenten der Gegner gefordert. Die Grünen lehnen den Antrag, ein neues Leistungsziel zu formulieren, ab.

**Daniel Hunziker** ergreift das Wort und führt aus, dass er das Votum von Reto Dettli unterstützt. Die Villa wird 2007 normal weiterführt, deshalb sollten auch die Wirkungsziele belassen werden wie sie sind. Man kann im Jahre 2008 wieder darüber diskutieren. Den Begriff „Nachhaltigkeit“ müsste aber korrekterweise gestrichen werden.

**Rolf Denzler** dankt dem Stadtpräsident für seinen Vorschlag. Er möchte deshalb aufgrund der Voten den Antrag entsprechend abändern. Die Leistungsziele seien nicht zu streichen aber neue Leistungsziele zu ergänzen; eine neue Nutzung der Villa und die Förderung lokaler Kultur.

Antrag: Kommunale Kunst- und Vereinskultur ist mit geeigneten Massnahmen zu fördern.  
Die Villa am Aabach sei einer neuen Nutzung zuzuführen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

#### **Abstimmung über den Kürzungsantrag**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 30: 1. Stimmen**

**den vorliegenden Antrag der KBK und der RPK abzulehnen.**

#### **Abstimmung über den Antrag Martin Gasser**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 22: 10 Stimmen**

**den vorliegenden Antrag betreffend Streichung von Fr. 100'000 auf dem Zeughausareal für feuerpolizeiliche Massnahmen abzulehnen.**

#### **Abstimmung über den Antrag der SVP-/EDU-Fraktion**

**Reto Dettli beantragt, über die zwei Punkte des Antrages separat abzustimmen. Dieses Vorgehen wird vom Rat mit 34 : 0 Stimmen gutgeheissen.**

**Abstimmung betreffend: „Kommunale Kunst- und Vereinskultur ist mit geeigneten Massnahmen zu fördern.“**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 33 : 1 Stimmen**

**den Antrag gutzuheissen.**

**Abstimmung betreffend: „Die Villa am Aabach sei einer neuen Nutzung zuzuführen. "**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 18 : 16 Stimmen**

**den Antrag gutzuheissen.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 31 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung mit der bewilligten Änderung zu genehmigen.**

### **3.5 GF Finanzen**

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit sowie die Rechnungsprüfungskommission referiert **Rolf Graf**. Er weist namentlich auf den Antrag aus der KÖS hin, dem die Kommissionsmitglieder einstimmig zugestimmt haben. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig angenommen.

Antrag KÖS:

Zu LG Steuern, B-35, Indikatoren: Zusätzlicher Indikator für die Grundstücksgewinnsteuer Bezeichnung: „Anzahl nicht eingeschätzte Steuererklärungen (Fälle) welche älter als zwei Jahre sind. Einheit: Anzahl Fälle, Wert <5. " Einstimmig angenommen.

Unsere Subkommission - das sind Andreas Kunz, Harry Kohler und ich, haben uns am 20. Oktober zum Vorgespräch getroffen. Und am 23. Oktober haben wir das GF in der KÖS beraten.

Zuerst haben wir uns über den Umgang mit dem Teil „Finanzierung“ unterhalten. In diesem Punkt sind wir uns einig gewesen, dass dieser Teil eigentlich RPK Gebiet darstellt. Denn die Steuerfussdebatte, etc ist kein eigentliches Sachkommissionsthema. So hat denn die KÖS lediglich über das den Globalkredit des GF Finanzen ohne Finanzierungen abstimmen.

Nach dem Verlauf der Budgetdebatte muss ich gestehen, dass dies ein Fehler war, denn auch in der RPK fand keine eigentliche Diskussion über die Finanzierungen statt. Dadurch wurde nirgends diskutiert, ob es richtig ist, dass die Steuern Vorjahre mit 10 Mio. so hoch eingesetzt sind wie noch nie erreicht, oder dass der Steuerkraftausgleich um 5,5 Mio. höher eingesetzt ist als vom Kanton empfohlen. Diese Diskussion werden wir beim Budget 2008 wieder in der KÖS führen müssen.

Im Geschäftsfeld Finanz wurden im Rahmen des Aufbaus der KLR verschiedene Verschiebungen in und aus anderen Geschäftsfeldern aber auch innerhalb der Leistungsgruppen des GF Finanzen vorgenommen, so dass ein Vergleich auf Stufe Leistungsgruppe sehr aufwändig ist. Die Übersicht auf Seite A-6 hilft hier ungemein.

Das GF Finanzen beantragt für 2007 einen Globalkredit von CHF 1'117 Mio. Dies ergibt im Vergleich zum Kredit 06 eine Steigerung um CHF 1,345 Mio. Davon entfallen aber alleine CHF 1'069 Mio. auf Übernahmen von Leistungen aus anderen Geschäftsfeldern. CHF 190'000 sind Kosten, die durch Leistungen an die Lok-Remise und das Stadtfest erbracht werden und lediglich CHF 86'000 sind Kosten deren Leistungen nicht offensichtlich sind.

Werden jedoch die tieferen Kapitalzinsen von ca. CHF 250'000 berücksichtigt, so müssen wir Mehrkosten von fast CHF 330'000 nachgehen.

Wir haben sowohl in der KÖS wie auch in der RPK intensiv Zahlen hin und hergeschoben, gerechnet und von Herrn Kuoni alle Angaben zu unserer vollen Zufriedenheit erhalten, so dass ich an dieser Stelle auf eine detaillierte Ausführungen verzichten kann.

Noch ein paar Worte zu den Indikatoren der einzelnen Leistungsgruppen:

LG Finanzverwaltung (Seite B-31)

Beitragswesen:

Die vergünstigte Abgabe von Räumlichkeiten (dabei handelt es sich vorwiegend um den Stadthofsaal) wird im SOLL 07 mit CHF 135'000 eingesetzt.

Für das Stadtfest werden CHF 110'000 eingesetzt. Zum Vergleich, an das Stadtfest 2003 bezahlte die Stadt Uster CHF 121'000.

LG Informatik (Seite B-34)

Indikator : Durchschnittsalter der Geräte

Das Durchschnittsalter wird mit SOLL 07 3 Jahre angegeben. Grundsätzlich läst die angestrebte Terminalserver-Lösung durchaus ältere Endgeräte zu. Doch erhielten wir zur Antwort, dass bei einem Indikator von durchschnittlich 3 Jahren, das jüngste 0 Jahre alt sei und somit das älteste 6 Jahre.

LG Steuern (Seite B-35)

Indikator: Steuerveranlagung „Anteil intern bearbeitete Steuerveranlagungen " Hier hat die KÖS eine Präzisierung des Indikators gewünscht, so dass klarer wird, welche Grösse 100% ist. Der Indikator wird im Vorschlag 08 mit:

„Anteil intern bearbeitet Steuerveranlagungen von unselbständig Erwerbenden Steuerpflichtigen "

Selbständig Erwerbende und juristische Personen dürfen nicht durch die Stadt Uster eingeschätzt werden und sind daher auch nicht in den 100% enthalten. Dies sollte aus dem Indikator hervorgehen.

Zudem beantragt Ihnen die einstimmige KÖS und RPK einstimmig den Indikator für die Bewirtschaftung der Grundstückgewinnsteuer aufnehmen.

Dieser lautet:

Anzahl nicht eingeschätzt Steuererklärungen (Fälle), welche älter als zwei Jahre sind. Die Einheit wäre „Anzahl Fälle " und der Wert „≤ 5 ". Dabei zählen Überbauungen, welche durchaus 50 pendente Fälle generieren können, als ein Fall.

Noch ein paar Worte zur Investitionsrechnung.

Eingestellt sind CHF 400'000 Beitrag an die Erneuerung der Weihnachtsbeleuchtung. Darüber wird dem Parlament eine separate Vorlage unterbreitet so dass wir noch genügend Gelegenheit haben werden darüber zu debattieren.

Und CHF 135'000 als Gebundene Ausgaben für den Update der Betriebssysteme inkl. Hardwareanpassungen. Grundsätzlich ist geplant im Jahre 2008 auf das neue Betriebssystem VISTA umzusteigen. Die für 2007 eingestellten 135'000 werden für die Schaffung der technischen Voraussetzung mittels Terminalserver-Technologie eingesetzt.

Das Resultat aus der RPK: Die RPK hat den Antrag KÖS einstimmig gutgeheissen. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Finanzen mit der vorgeschlagenen Änderung der KÖS einstimmig zur Annahme.

Es wird nicht über den Antrag separat abgestimmt.

## **Abstimmung**

### **Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung mit der vorgeschlagenen Änderung zu genehmigen.**

## **3.6 GF Liegenschaften**

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Andres Kunz**. Er weist namentlich auf einen Minderheitsantrag aus der KÖS hin, den die Kommissionsmitglieder aber 4 : 5 abgelehnt haben. Darin wurde die Streichung von Fr. 250'000 aus der Investitionsplanung für den Einbau eines Stadtparkcafé Landihalle/Quellenstrasse gefordert. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig angenommen.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Rolf Graf** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Liegenschaften einstimmig zur Annahme.

### **GF Liegenschaften**

Grundsätzlich bin ich ein grosser Verfechter, dass der politische Weg eingehalten wird. Will heissen, dass Anträge, bevor sie ins Parlament kommen, vorher in der Sachkommission, wenn nötig in der RPK und der Fraktion beraten worden sind.

Jetzt verstosse ich selber gegen diesen Grundsatz, der zeitliche Ablauf der Budgetdebatte lässt mir jedoch keinen anderen Weg, denn erst nach der Beratung in der RPK vom letzten Montag zeigte sich, dass in der Leistungsgruppe Grundstückbewirtschaftung Wirkungs- und Leistungsziele sind, die bei einer solch massiven Steuereffussenkung keinen Sinn mehr machen. Natürlich hätte ich nach der

Abstimmung in der RPK noch einen Rückkommensantrag stellen können. Doch ich muss gestehen, nachts um 23.30 und nach einem solchen Entscheid war meine Motivation für politische Diskussionen nicht mehr wirklich da.

Somit stelle ich hier den Antrag im Geschäftsfeld Liegenschaften in der Leistungsgruppe Grundstückbewirtschaftung (Seite B-40) bei den Wirkungs- und Leistungszielen das Ziel unter dem vierten Bullet:

Antrag Graf (I): „Mit der Veräusserung von Bauland und überbauten Liegenschaften (Finanzvermögen) – die zukünftig nicht für die Verwaltung, Heime, Schulen, Freizeit, Sport, Kultur und andere strategische Zwecke genutzt werden – unter Berücksichtigung der Situation auf dem Liegenschaftenmarkt liquide Mittel von durchschnittlich 4 Mio. Fr/Jahr generieren. "

ersatzlos zu streichen.

In der Folge macht auch der Indikator auf der Seite B-41 keinen Sinn mehr:

Antrag Graf (II): „Verkaufserlös Bauland und überbaute Liegenschaften (Finanzvermögen) "

Ich beantrage daher auch diesen zu streichen.

Und wieso benötigen wir dieses Leistungsziel und den dazugehörenden Indikatore nicht mehr:

Weil beide zum finanzpolitischen Ziel des Stadtrates gehören, dass da lautet:

„Durch die Veräusserung von nicht strategischen Liegenschaften generieren wir liquide Mittel zur Finanzierung von Investitionen "

Meine Damen und Herren, mit einer 3%igen Steuerfussenkung unterwandern sie dieses stadträtliche Ziel, denn damit entziehen Sie dem Stadt Uster 1 Million 806 Tausend Franken an liquiden Mitteln.

Mit anderen Worten, künftig muss fast die Hälfte der liquiden Mittel aus Liegenschaftenverkäufen zur Finanzierung der Steuerfussenkung verwendet werden und nur noch der Rest bleibt zum Finanzieren der Investitionen.

Bei dieser Ausgangslage macht aber – wenn wir ehrlich sind – weder das finanzpolitische Ziel des Stadtrates noch die Ziele und der Indikator in der Leistungsgruppe Grundstückbewirtschaftung Sinn.

Daher beantrage ich beides zu streichen – natürlich nicht das finanzpolitische Ziel des Stadtrates, dass muss er schon selber machen, sonder das Leistungsziel und der Indikator.

Ich habe den entsprechenden Antrag verteilen lassen. Sie finden ihn schriftlich vor sich.

Besten Dank  
Rolf Graf Gemeinderat

**Benno Scherrer** zeigt sich erstaunt über die Anträge von Kollege Graf. Es scheint, als ob die SP den Staat aushungern wolle, was er sonst anderen unterstellte. Verscherbeln wir jetzt das Tafelsilber? Die Anträge von Rolf Graf haben etwas Bestechendes; weshalb sollte die Rechnung geschönt werden durch die Liegenschaftenverkäufe. Nur damit die im Raum stehende Steuerfussreduktion finanzieren werden kann? Bei diesem Spiel will seine Fraktion nicht mitmachen und lehnen deshalb auch die Anträge auf eine Steuerfuss-Senkung ab.

**Paul Gantenbein** stellt den folgenden

Antrag: Zu B-39, Investitionsplanung, Einbau eines Stadtparkcafé  
Landihalle/Quellenstrasse: Streichung der Fr. 250'000.

Die Stadt Uster soll nicht die Restaurantbesitzer konkurrenzieren. Besser wäre es, einem Risikowilligen eine Bewilligung für den Betrieb und ein Baurecht abzugeben. Die Landihalle ist überdies nicht geeignet als Standort, da die weitere Nutzung der Landihalle u.a. für den Greifenseelauf erschwert, wenn nicht sogar verunmöglicht, wird. Standorte wie die Untere Farb oder auch die Rostlaube würden sich besser für ein Café eignen.

**Christian Wüthrich** verlangt eine Antwort auf die GLP-Mitteilung von vorhin durch Benno Scherrer. Er geht grundsätzlich davon aus, dass die Grünliberalen die Politik der SP nicht so eng mitverfolgen im Rat, denn die SP reagiert seit Jahren scharf auf den Verkauf des Tafelsilbers. Die jetzige Steuersituation in der Stadt Uster und die Bestrebungen nach einer Steuersenkung lassen den Antrag Graf nur als sachlogische Reaktion dastehen.

**Thomas Wüthrich** stellt erfreut fest, dass sich die SP plötzlich um Landverkäufe kümmert. Über 25 Jahre hinweg wird stetig Land verkauft und dann ist alles weg. Von Nachhaltigkeit kann bei dieser Politik nicht die Rede sein. Es geht hier nur um die Aufbesserung der laufenden Rechnung, unsere Nachfahren werden mit höheren Steuern konfrontiert werden. Wo bleibt da die Solidarität zwischen den Generationen. Die Grünen unterstützen den Antrag der SP.

**Werner Egli** ist der Ansicht, wenn über das Thema Veräusserungen diskutiert wird, dann sollte man auch das Gebiet Looren anschauen. Dort macht es doch Sinn im Rahmen einer Wirtschaftsförderung.

**Rolf Graf** stellt klar, dass die Politik der SP dahingeht, dass gezielt dann Land verkauft werden sollte, wenn welches gebraucht wird.

**Abstimmung betreffend der Anträge von Rolf Graf:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 13 : 21 Stimmen**

**die Anträge abzulehnen.**

**Daniel Hunziker** äussert sich zum Antrag von Paul Gantenbein: Die Vorteile für die Stadt hat er in seiner Anfrage bereits aufgezählt: ein anderes Publikum, die Umgebung sauberer, mehr Einnahmen, mehr Ressourcen, mehr Arbeitsplätze. Der Betrieb müsste natürlich nicht durch Stadt geführt werden. Dass das Bedürfnis in der Bevölkerung vorhanden ist, wurde durch den Stadtrat abgeklärt. Der Vorschlag der SVP betreffend Standort wäre eine Luxusvariante, die Kosten wären höher als hier budgetiert. Der Standort ist entscheidend, nämlich dort, wo er geplant ist, mitten im Stadtpark. Dass der Event des Greifenseelaufs verhindert wird, stimmt nicht, denn es gibt entsprechende Auflagen für den Betrieb, und überdies kann die Stadt so etwas steuern. Überdies ist auch ein Café eine Art von Kulturförderung. Auch das Zeughausareal ist Kulturförderung.

**Marc Meyer** schätzt den eingestellten Betrag bescheiden für ein Café. Er kennt zwar das Konzept und den genauen Standort nicht aber er will warten und dem Stadtrat vertrauen. Er soll das Geschäft in eigener Kompetenz bearbeiten und wenn nötig auch wieder in den Rat kommen damit, wenn es heikel sein sollte.

**Marianne Siegrist** spricht sich namens der FDP-/CVP-Fraktion die Beibehaltung des Betrages aus, wobei man eher von einem Stadtkiosk reden sollte, als von einem Stadtparkcafé. Auch sie unterstreicht die Vorteile wie namentlich ein gemischtes Publikum, soziale Kontakte und Kontrolle. Eine Umfrage hat das Bedürfnis bestätigt, so Marianne Siegrist

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Abstimmung betreffend dem Antrag von Paul Gantenbein:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 12 : 22 Stimmen**

**den Kürzungsantrag abzulehnen.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

### **3.7 GF Infrastrukturbau und Unterhalt**

Für die Kommission Planung und Bau sowie die Rechnungsprüfungskommission referiert **Balthasar Thalmann**.

Er weist namentlich auf die Anträge aus der KBK hin, die die Kommissionsmitglieder zweimal mit 3 : 3 (Stichentscheid Präsident) abgelehnt bzw. einmal einstimmig zugestimmt haben. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig angenommen.

Die abgelehnten Anträge im Wortlaut: Zu B-48, LA, Leistungsziele: „Wo immer möglich, soll im Rahmen von Sanierungen ein Beitrag zur kontinuierlichen Verbesserung der gestalterischen Qualität des öffentlichen Raumes geleistet werden.“ Und zu B-48, LA, Wirkungsziele: „Sozial- und umweltverträgliche Mobilität in der Stadt fördern und somit ein Höchstmass an Aufenthalts- und Bewegungsqualität schaffen.“

Antrag KPB:

Zu LG Werterhaltung, B-53, GB, Indikatoren: „Kundenzufriedenheit Benutzer Hafenanlagen; Beurteilung durch Kundinnen und Kunden: SOLL 07 auf 80 (statt 75) und: Belegungsgrad Veloparkanlagen im Sommer: SOLL 07 auf 90 (statt 85).  
Einstimmig angenommen.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt ebenfalls **Balthasar Thalmann** das Resultat bekannt. Die RPK hat den Antrag KPB einstimmig gutgeheissen Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 –

2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Infrastrukturbau und Unterhalt mit der vorgeschlagenen Änderung der KPB einstimmig zur Annahme.

Herr Präsident,  
Geschätzte Anwesende

Für das GF Infrastrukturbau und Unterhalt wird ein Globalkredit von Fr. 4,631 Mio. beantragt. Davon entfallen über Fr. 3,5 Mio. auf das Strasseninspektorat.

Die KPB beantragt einstimmig folgende Änderungen:

Seite B-53, LG Werterhaltung, Indikatoren: der Indikator „Kundenzufriedenheit Benutzer Hafenanlagen“ soll bei 80 statt 75 festgelegt werden; der Indikator „Belegungsgrad Veloparkanlagen im Sommer“ soll bei 90 statt 85 festgelegt werden.

Weiter wurden in der KPB folgende zwei Anträge gestellt:

Seite B-48, übergeordnete Wirkungs- und Leistungsziele des GF,

- zusätzliches Wirkungsziel: „Sozial- und umweltverträgliche Mobilität in der Stadt fördern und somit ein Höchstmass an Aufenthalts- und Bewegungsqualität schaffen.“
- Leistungsziel ergänzen mit „Wo immer möglich soll im Rahmen von Sanierungen ein Beitrag zur kontinuierlichen Verbesserung der gestalterischen Qualität des öffentlichen Raums geleistet werden.“

Beide Anträge wurden mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. Die Mehrheit der KPB war der Meinung, dass die beantragten Ziele bereits implizit in der bestehenden Formulierung enthalten seien und dass die bezüglich Mobilität und Gestaltung formulierten Anliegen heute bereits gelebt würden.

Weitere Diskussionspunkte:

- Seite B-55, LG Strasseninspektorat: Die Kommission war erstaunt, dass die Nischenarbeitsplätze nicht bereits per 1.1.07 geschaffen werden können.
- Seite B-56, LG Strasseninspektorat: Das Missverhältnis zwischen den realisierten Massnahmen zur Erneuerung bzw. baulichen Unterhalt der Strassenverkehrsanlagen hat zu Diskussionen geführt. Bei einem ermittelten Wertverlust von Fr. 2.5 Mio wurden in den letzten Jahren jährlich nur 1 Mio. investiert.
- Seite B-59, LG Stadtentwässerung: die Stadt erarbeitet derzeit ein Liegenschaftsentwässerungskonzept mit dem Ziel der Fremdwasseranteil in der Kanalisation zu reduzieren. Ein entsprechender Kreditantrag an den Gemeinderat ist in Vorbereitung.

Die Investitionsrechnung hat nicht zu Diskussionen Anlass gegeben. Die KPB wünscht mit Nachdruck, dass die geplanten Investitionen auch tatsächlich umgesetzt werden, nicht dass der Investitionsberg noch weiter wächst.

Balthasar Thalman

Es wird nicht über den Antrag separat abgestimmt.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung mit der vorgeschlagenen Änderung zu genehmigen.**

### 3.8 GF Stadtraum und Natur

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Simone Michel**. Sie weist namentlich darauf hin, dass gemäss Novemberbrief noch eine Korrektur des Globalkredites um Franken 838'000 auf Franken 3'095'200 vorgenommen wurde. Das Geschäftsfeld wurde von der Kommission einstimmig genehmigt.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Balthasar Thalmann** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Stadtraum und Natur einstimmig zur Annahme.

Auf die Fragen seitens der Kommission wurde von Stadtrat Kübler und Abteilungsleiter Herrn Fässler kompetent geantwortet.

Anlass zu Fragen gab die neue Abwasser-Gebührenverordnung. Gemäss persönlichen Informationen mussten verschiedene Personen eine starke Erhöhung der Gebühren, über den angekündigten 20%, in Kauf nehmen. Ausserdem wurde die Rechnung später als in anderen Jahren und erst nach der Abstimmung zur Kläranlage versendet. Darauf wurde geantwortet, dass die Einführung der verursacher gerechten Gebühren vom Gemeinderat beschlossen worden sei. Eine Erhöhung der Gebühren bis zu 50% sein in der Kernzone bei Einfamilienhäusern möglich. Die durchschnittliche Erhöhung der Gebühren liegt aber bei ca. 20%. Werden die absoluten Zahlen mit anderen Gemeinden des Kantons verglichen, so hat Uster noch immer eine komfortable Situation, d.h. die Gebühren sind immer noch vertretbar. Die Anzahl der eingegangenen Reklamationen liegt unter dem Durchschnitt im Vergleich zu anderen Gemeinden, die ebenfalls ein neues Berechnungsmodell eingeführt haben. Die Rechnungen konnten nicht früher versendet werden, weil Angaben bis dahin gefehlt hatten.

Kritisiert wurde, dass die Betriebskostenrechnung bis zu 26 Jahre im voraus berechnet wird, was nicht erforderlich sei und unnötigen Zeitaufwand bringe. Antwort: Da die Berechnungen in einem Computerprogramm laufen, ist der zeitliche Aufwand gering und die Frist ist abhängig von der eingegebenen Lebensdauer z.B. von Fahrzeugen. Das System berechnet dann den zu erwartenden Zeitpunkt für den Ersatz. Im Gegenteil zur Kritik würde sich dieses Modell auch in anderen Bereichen als nützlich erweisen.

LG Stadt- und Verkehrsplanung

- **LG Natur und Landwirtschaft**

- **LG Forstwirtschaft**

Besonders löblich zu erwähnen sind hier die klaren Zielsetzungen und die Unterteilung in kurz-, mittel- und langfristige Ziele! Beispielhaft, kein Wunder, dass aus der Forstwirtschaft der Begriff Nachhaltigkeit stammt!!!

Diskutiert wurde die Aufnahme von schon vorhandenen Indikatoren und den entsprechenden Kennzahlen zur Artenvielfalt aus dem LEK und als Zukunftsmusik ev. aus dem WEP, um die Arterhaltungsfunktion entsprechender Waldteile zu gewährleisten. Auf's nächste Jahr wird die Abteilung entsprechend geeignete Vorschläge bringen.

### **Investitionsplanung 2007**

Nr.97

Bei der im 07 und 08 folgenden Neugestaltung des Stadtparks müssen die vom Kanton vorgegebenen Auflagen für den Hochwasserschutz am Aabach mit berücksichtigt werden. Deshalb ist hier eine rel. Hohe Summe von 2.5 Mio. vorangeschlagen.

Nr. 103

Uster ist für den Hochwasserschutz im Bezug auf Siedlungs- und Gewerberaum nahe am Riedikerbach zuständig. Mit gut 2Mio ist es das grösste allein durch die Stadt zu finanzierende Hochwasserschutzprojekt der nächsten Jahre.

### **Abstimmung**

#### **Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

### **3.9 GF Hochbau und Vermessung**

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Benno Scherrer**. Das Geschäftsfeld wurde von der Kommission einstimmig genehmigt.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Balthasar Thalmann** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Hochbau und Vermessung einstimmig zur Annahme.

**Rolf Denzler** äussert sich zur LG Baubewilligung und Beratung: Er begrüsst insbesondere die Stellenschaffung. Damit ist die Einheitlichkeit besser gewährleistet, Er zeigt sich überzeugt, dass der Inhaber der Stelle weitere Unterstützung im GF Hochbau und Vermessung bieten kann und damit

Synergien genützt werden. Damit erwartet seine Fraktion, dass Baugesuche innerhalb der gesetzlichen Fristen bearbeitet werden und dass Bauentscheid innerhalb 3 Monaten vorliegen.

**Thomas Wüthrich** führt namens der Grünen aus, dass sie den Novemberbrief aufgeschreckt hat. Er stellt deshalb den folgenden

Antrag: Das Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung sei mit einem neuen Leistungsziel zu versehen zur Förderung einer nachhaltigen Energiegewinnung und –nutzung. Daher sei der Globalkredit um Fr. 500'000 zu erhöhen.

**Benno Scherrer** äussert sich zu dem Antrag und hinterfragt dessen Wirtschaftlichkeit und Sinn. Es handle sich um einen Schnellschuss, dem gerade eine Nachhaltigkeit abgehe.

**Marc Meyer** kann sich persönlich im Grundsatz mit der Idee des Antrages anfreunden.

Stadtrat **Thomas Kübler** wehrt ab: So kurzfristig und derart massiv kann man nicht in einen Leistungsauftrag bzw. ein Globalbudget eingreifen. Eine Variantenrechnung wäre das bessere Instrument dafür.

**René Biber** ist der Ansicht, dass der Antrag am falschen Ort und Geschäft gestellt wird.

**Stefan Feldmann** entgegnet, dass der Antrag sauber formuliert und formal in Ordnung ist.

**Daniel Hunziker** ist aus formellen Gründen gegen den Antrag.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Abstimmung betreffend dem Antrag von Thomas Wüthrich:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 14 : 20 Stimmen**

**den Antrag abzulehnen.**

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

### 3.10 GF Bildung

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Regula Trüeb**. Sie weist namentlich auf drei Anträge in diesem neuen Geschäftsfeld hin, welche alle einstimmig angenommen wurden. Das Geschäftsfeld wurde ebenfalls einstimmig genehmigt.

Wortlaut des dritten Antrages KBK, welcher aber in der RPK nicht abgestimmt wurde: Zu B-78, Kennzahlen: Kennzahl Anzahl Bildungsinstitutionen in Uster streichen.

Antrag KBK (I): Zu B-77, GB, Indikatoren: „Der Indikator Anteil Fachkurse, die in Gruppen unterrichtet werden, streichen.“  
Einstimmig angenommen.

Antrag KBK (II): Vorlegen eines neuen Indikators, welcher der Terminologie des Rahmenkontraktes MSUG und dem Entwurf des Jahresvertrages entspricht.“  
Einstimmig angenommen.

### **Besprechung mit PS vom 7.11.2006 (S. Wettstein, Hr. Göppel, Herr Stüssi, Frau Unholz)**

#### **KBK-Sitzung vom 13. November 2006 (S. Wettstein, J. Göppel)**

##### 1. **Allgemeines**

Beim Geschäftsfeld Bildung handelt sich um ein neues Geschäftsfeld, das durch die Integration der Primarschule in den Stadtrat und die Stadtverwaltung nötig geworden ist. Das GF ist wie das GF Primarschule der Abteilung Bildung angegliedert. Im Moment beinhaltet das neue GF Bildung einzig die Zusammenarbeit mit der Musikschule Uster Greifensee und die Koordination für Bildungsangebote in Uster. Später könnten allenfalls weitere Bereiche dazukommen.

Die Bezeichnung des GFs hat die Kommissionsmitglieder nicht überzeugt, da bereits die Abteilung „Bildung“ heisst. Die KBK wünscht, dass die Benennung des neuen GFs überdacht wird und es auch im Organigramm der Stadt Uster erscheint (S. D-7).

##### Zur Zusammenarbeit mit der MSUG

In der KBK wird ausführlich über die offenbar schwierigen Verhandlungen zwischen der Stadt Uster und der MSUG diskutiert. Die Subventionierung des Musikunterrichts erfolgt im 2007 erstmals gemäss dem Rahmenkontrakt, dem der Gemeinderat im März zugestimmt hat. Die Stadt Uster möchte die subventionierten Pensen schrittweise konsolidieren. Im eingeforderten 4-Jahres-Plan der MSUG ist diese Tendenz nicht erkennbar. Die Pensen werden ausgebaut und der Anteil Gruppenunterricht wurde nur marginal erhöht.

Im Globalbudget 2007 sind die 13'682 subventionierten Unterrichtsstunden enthalten, die nach Ablauf der Anmeldefrist im Sommer zwischen MSUG und Sabine Wettstein als Vertreterin der Stadt festgelegt wurden. Die MSUG habe diese unterdessen im laufenden Schuljahr erhöht, indem sie sich auf die Volksabstimmung aus dem Jahre 1977 beruft. Aus diesen Gründen hat die Bildungsvorsteherin den Jahreskontrakt fürs 2007 noch nicht unterschrieben und wünscht einen politischen Entscheid. Die Kommissionsmitglieder bedauern einerseits den Konflikt zwischen der Stadt und der Musikschule und monieren andererseits, dass die MSUG sich offenbar nicht an die Abmachungen hält. Sie ist der Meinung, dass an den eingestellten 13'682 Stunden festgehalten werden soll. Im Notfall könne im 2007 ein Nachtragskredit beantragt werden.

Zur Konfliktlösung zwischen den beiden Vertragsparteien werden in der Vorbesprechung verschiedene Möglichkeiten wie Elternumfrage oder Mediation erwähnt. Die Abteilung Bildung schreibt in der Einleitung zum Leistungsauftrag, dass sie alternative Angebote prüfen könnte, falls künftig kein

Konsens erzielt wird. Einige Kommissionsmitglieder finden diese Formulierung in der Einleitung unglücklich und kontraproduktiv und würden sie gerne streichen. Alternative Modelle würden eine Volksabstimmung voraussetzen und wurden nach Auskunft von Bildungsvorsteherin Sabine Wettstein bisher noch nicht geprüft.

Die KBK bemängelt die teilweise unklare Terminologie im neuen GF. Auch der Indikator „Anteil Fachkurse, die in Gruppen unterrichtet werden“ ist nicht entsprechend dem Rahmenkontrakt und dem Entwurf für den Jahreskontrakt formuliert. Es irritiert, wenn der Prozentsatz an Gruppenunterricht jeweils unterschiedlich berechnet wird. Die KBK stellt deshalb den Antrag, den Indikator auf Seite B-77; „Anteil Fachkurse, die in Gruppen unterrichtet werden“ zu streichen. Sie beauftragt die Abteilung Bildung, einen neuen Indikator vorzulegen, welcher der Terminologie des Rahmenkontraktes MSUG und dem Entwurf des Jahresvertrages entspricht. Beide Anträge werden einstimmig 9:0 angenommen.

Das neue GF Bildung hat zudem die Aufgabe, alle Bildungsangebote in Uster zu koordinieren, auch private, was bisher die IG Bildung gemacht hat. Bereits besteht ein gemeinsamer Internetauftritt. Die Stadt übernimmt wegen dem grossem öffentlichen Interesse diese Koordinationsaufgabe, es soll aber keine Stelle dafür geschaffen werden.

Die Kommission Bildung und Kultur wünscht einstimmig, dass die Kennzahl „Anzahl Bildungsinstitutionen in Uster gestrichen“ wird, da dies keine Aufgabe der Stadt sei.

Die Kommission Bildung und Kultur beschliesst einstimmig dem Gemeinderat zu beantragen, dem Leistungsauftrag GF Bildung und dem Globalbudget zuzustimmen.

27.11.2006 / Regula Trüb

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Walter Meier** das Resultat bekannt. Die RPK hat die beiden Anträge aus der KBK grundsätzlich einstimmig gutgeheissen. Einzig betreffend dem Fachunterricht im Zusammenhang mit Einzel- und Gruppenunterricht ging es darum zu präzisieren, dass der Anteil Schüler interessiert. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Bildung einstimmig zur Annahme.

**Werner Hürlimann** stellt namens der SVP-/EDU-Fraktion den folgenden

Antrag: Die SVP/EDU Fraktion kann den Ergänzungen durch zusätzliche Leistungs- und Wirkungsziele nicht zustimmen. Laut Volksschulgesetz müssen die Gemeinden nur bei Bedarf Tagesstrukturen anbieten. Daher ist diese Forderung in den bereits aufgeführten Zielen der LG unterstützende Angebote bereits enthalten. Zudem sind wir der Meinung, dass ein Ferienhort eine Sozialmassnahme ist die nicht im Geschäftsfeld Primarschule erscheinen soll.

Lehnen Sie daher die drei Ergänzungsanträge mit der Minderheit der KBK ab.

**Abstimmung betreffend dem Antrag von Werner Hürlimann:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 16 : 16 Stimmen (Stichentscheid Präsident)**

**den Antrag abzulehnen.**

**Reto Dettli** spricht namens der SP-Fraktion:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wir diskutieren heute wieder einmal über die Musikschule Uster Greifensee, nicht zuletzt darum, weil beim neuen Rahmenkontrakt im Frühling dieses Jahres nur über den Rahmenkontrakt abgestimmt wurde und nicht über die jährliche Leistungsvereinbarung. Heute diskutieren wir über die Eckdaten der Leistungsvereinbarung und siehe da, wir sind uns nicht einig.

Es ist anzumerken dass nicht nur in den Verhandlungen mit der MSUG der Wurm drin steckt. Die ganze Vorbereitung des Geschäftes auf Seiten des Stadtrates und der Einbindung in die Globalbudgetierung zeugt von einem Chaos. Das fängt damit an, dass es das Geschäftsfeld gemäss Organigramm gar nicht gibt. Dann gibt es keine Mitarbeitenden und Verantwortlichkeiten im Geschäftsfeld. Die betroffene Stadträtin muss wohl offensichtlich alles selber machen, alleine an die Verhandlungen gehen und möglicherweise auch noch selbst ein Sitzungsprotokoll erstellen. Eine wenig erfreuliche Situation.

Es verwundert deshalb nicht, dass der Vorschlag im Globalbudget in den umstrittenen Punkten zu wenig gut ist. Als Beispiel dazu hat die Kommission festgestellt, dass eine Definition des Indikators fehlt. Der Indikator "Anteil Fachkurse die in Gruppen unterrichtet werden" stimmt nicht mit der Weisung 293 vom Februar 2006 (Rahmenkontrakt) und den im Entwurf des Jahreskontraktes aufgeführten Indikatoren überein. In der Weisung steht wörtlich: Die Vertreter/innen der Subventionsbehörden der Stadt Uster haben an der Sitzung vom 23. November 2005 festgelegt, dass die MSUG angehalten werden soll, in Uster vermehrt den Gruppenunterricht zu fördern. Als Zielvorgabe wird entsprechend ein Indikator Anteil Gruppenunterricht im Verhältnis zum Einzelunterricht im Jahreskontrakt festgelegt.

Die Subventionsbehörde hat diese eigene Vorgabe in ihrem Globalbudget offensichtlich nicht umgesetzt.

Noch kurz zum Entwurf des Jahreskontraktes. Die darin aufgeführten 15% Gruppenunterricht wurden damit begründet, dass in Greifensee 15% Gruppenunterricht besteht. Die Zahlen der MSUG zeigen etwas anderes. Dieser Kennwert beträgt in Greifensee 8.3% gegenüber 6.9% in Uster; Er ist wohl höher, aber weit von den 15% weg. Die Zahlen der MSUG zeigen aber auch, dass die MSUG der Forderung der Stadt, vermehrt Gruppenunterricht anzubieten, nicht nachkommt. Dass dadurch ein Konflikt entsteht, ist durchaus nachvollziehbar.

Und jetzt, was heisst das, wie sollen wir weiterfahren. Ich denke, der Antrag der Kommission, diesen Indikator im aktuellen Budget zu streichen und im nächsten Budget durch einen besseren zu ersetzen ist richtig.

Wir können nicht in einer Budgetdebatte so schnell schnell einen neuen Indikator erfinden, ermitteln was etwa die richtige Grössenordnung ist und das alles ohne fundierte Entscheidungsgrundlagen. Ich wehre mich nicht grundsätzlich gegen die Vorgabe eines vermehrten Gruppenunterrichts. Er soll dort gemacht werden, wo es Sinn macht.

Hier jetzt schnell ohne fundierte Entscheidungsgrundlagen, ohne einen Antrag und ohne Vorstellungen wie eine Vorgabe von 15% überhaupt umsetzbar ist, einen neuen Indikator aus dem Hut zu zaubern und mit dem dicken Daumen zu sagen, 15% sei schon recht, das - meine Damen und Herren - das ist unseriös.

Fakt ist: Der Leistungsauftrag des Geschäftsfeldes Bildung ist schlecht vorbereitet. Er ist zu korrigieren und in einem Jahr fundierter und besser wieder vorzulegen. Und wenn die zuständige Stadträtin einen fundierten politischen Entscheid zum Anteil Gruppenunterricht will, dann soll sie dazu die Entscheidungsgrundlagen auf den Tisch legen.

Für die SP ist die Musikausbildung wichtig, da den Kindern und Jugendlichen eine andere Welt als Action und Elektronik aufgezeigt wird. Und die Musik unbestritten einen positiven Einfluss auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Die SP wehrt sich auch nicht grundsätzlich gegen mehr Gruppenunterricht. Der soll dort gemacht werden, wo er sinnvoll ist. Wir wehren uns aber vehement gegen unseriöse Schnellschüsse.

Reto Dettli

## **Abstimmung**

### **Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 25 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung mit den vorgeschlagenen Änderungen zu genehmigen.**

### **3.11 GF Sicherheit**

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Martin Gasser**. Er weist namentlich auf einen Minderheitsantrag, der 3 : 6 abgelehnt wurde, und zwei redaktionelle Änderungen, die einmal einstimmig und einmal 6 : 3 angenommen wurden, hin. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig genehmigt.

Wortlaut Minderheitsantrag: Zu B-80, GB: den Globalkredit des GF Sicherheit um Fr. 70'000 erhöhen und im 2008 um Fr. 140'000 zu erhöhen. Im Sinne einer zusätzlichen Stelle für die Stadtpolizei (3 : 6 abgelehnt).

Wortlaut redaktionelle Änderungen: Zu B-87, Kennzahlen: Verwaltungspolizei, letztes Bullet „Anzahl Plakatbewilligungen“ kann aus den Kennzahlen gestrichen werden (einstimmig angenommen) / Zu B-87, Kennzahlen, Verkehrspolizei, neue Kennzahl für „Anzahl verkaufte Nachtparkkarten“ (6 : 3 angenommen).

Unsere Subkommission Sicherheit (René Biber, Stefan Feldmann und Martin Gasser) von der KöS, hat das Globalbudget **Geschäftsfeld Sicherheit und das Geschäftsfeld Publikumsdienste** mit

- Hans Streit, zuständigem Stadtrat
- Und mit der Stellvertretung von Paul Röthlisberger, Leiter Sicherheit, Herrn R. Steffen und Frau E. Welti

besprochen. An dieser Stelle wünschen wir Paul Röthlisberger beste Gesundheit.

Es werden keine Anträge gestellt. Informationen lauteten wie folgt.

#### **GF Sicherheit (B79-B87)**

Neu besteht das GF Sicherheit aus den drei Leistungsgruppen LG Feuerwehr, LG Bevölkerungsschutz und LG Stadtpolizei.

Um trotz Abbau bei der Feuerwehr und der zunehmenden Gefährdung von Ordnung und Sicherheit die Leistungsvorgaben zu erfüllen, setzt man auf ein vernetztes, fachübergreifendes (Neudeutsches Wort) Security-Management.

Für die Investitionsplanung sind im Moment nur die Tempo 30-Zone und die Parkraumbewirtschaftung von Bedeutung, da das neue Bootshaus noch in diesem Jahr gebaut wird.

#### **LG Feuerwehr:**

Trotz Seegfröni und einem Hochwassereinsatz konnte sich die Feuerwehr im Vorjahresrahmen von Kosten und Personal halten. Keine Fragen.

## LG Bevölkerungsschutz

In dieser LG wurden keine besonderen Vorkommnisse behandelt, erwähnen möchte ich doch, dass der Instandstellungseinsatz im Ortsteil Bristen (Gem. Silenen UR) mit grossem Einsatz und mit weit übertroffenen Leistungen erbracht wurde.

## LG Stadtpolizei

Bei der Polizei, das heisst bei der Ordnung und Sicherheit werden die Probleme in nächster Zeit zunehmen.

So sind in den Sommermonaten in Greifensee doch höhere Präsenz der Polizei erforderlich gewesen, auch die Sondereinsätze wie Seegfrörni, 1. August u.s.w. werden nicht weniger.

Mehr Personal braucht es auch für die Verkehrserziehung von der sich der Kanton auch immer mehr zurück zieht.

Im Gegenzug wird das Rekrutieren und Ausbilden von guten Polizisten immer schwieriger (Kosten, Ausbildungsplätze).

Herrn Stadtrat H. Streit informierte uns darüber, dass zwei von ihm gewünschte Stellen mehr bei der Polizei, vom Stadtrat nicht bewilligt wurden.

Um aber die geforderte Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten wird sich auch eine 24h-Präsenz nicht umgehen lassen, welches die Kös in Zukunft auch noch beschäftigen wird.

Ebenfalls wünscht sich der Stadtrat mehr Zivilcourage bei der Bevölkerung.

Das heisst nicht mehr Sheriffs, sondern weniger wegschauen, mehr beobachten und melden.

Zur Frage der Tempo 30-er Zone wurde uns gesagt, dass die Pläne ausgearbeitet würden und dem neuen Bundesgerichtsentscheid angepasst würden, und somit die Vorlage bis im Frühjahr fertig sein sollte.

Es wurden Bedenken geäussert zu der Streichung der zwei Polizeistellen durch den Stadtrat.

Darum wurde der **Antrag** gestellt wenigstens eine dieser Stellen zu besetzen.

Der Antrag den Globalkredit 2007 um Fr. 70'000.- (1/2 Jahr) und 2008 um Fr. 140'000.- zu erhöhen, wurde mit **6:3 abgelehnt**.

Die Befürworter wollten im Blick auf die Zukunft und der vorhandenen Überstunden diese Stelle schaffen, die Gegner fanden es nicht nötig.

Weiter sollten bei den Kennzahlen (B-87) die Anzahl der Plakatbewilligungen gestrichen werden und dafür die Anzahl der Nachtparkgebühren erfasst werden.

Die RPK stimmte nicht über diese Anträge ab.

Die Kommission hat das Globalbudget mit 9:0 angenommen.

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt ebenfalls **Martin Gasser** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Sicherheit einstimmig zur Annahme.

**Stefan Feldmann** weist die Anwesenden auf den Umstand hin, dass auf Seite b.87 bei den Kennzahlen, letzter Punkt, Anzahl Lektionen Verkehrsschulungen Plan 10 500 Stunden geplant sind, aber nur 30 Stellen bis dahin. Es geht um folgendes: Der Kanton muss im Rahmen von Sparpaketen immer mehr sparen und Leistungen an die Gemeinden abtreten. Diese Tendenz nimmt weiter zu. Wir akzeptieren das und tragen diese Lasten oder aber wir setzen uns ein, dass diese Politik ändert. Durch eine Steuerreduktionen untergraben wird die Autonomie der Gemeinde untergraben, sie hat keinen Handlungsspielraum mehr.

**Werner Egli** wirft ein, dass die Kennzahlen kein Bestandteil des Ratsbeschlusses bilden sondern nur informativen Charakter haben.

## Abstimmung

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

### 3.12 GF Publikumsdienste

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Martin Gasser**. Er weist namentlich auf einen Antrag aus der Kommission hin. Das Geschäftsfeld wurde einstimmig genehmigt.

Antrag KÖS: Zu B-89, Indikator: die beiden Indikatoren „Anzahl Reklamationen“ und „Kundenzufriedenheit“ werden zusammengelegt. Der Indikator heisst neu: „Kundenzufriedenheit, die Einheit ist „Anzahl Reklamationen“ und der Wert ist <8.  
Einstimmig angenommen.

#### GF Publikumsdienste (B88-B91)

Das GF besteht noch aus der LG Einwohnerdienste und der LG Zivilstandsamt.

Die Sanierung des Friedhofes ist der einzige Betrag in der Investitionsrechnung der für das 2007 geplant ist.

#### LG Einwohnerdienste

Es wurde die Frage gestellt, warum sich die Nettokosten der Leistungsgruppe verdoppeln, (+130'000.-) obwohl das Personal nur um 10% aufgestockt wird?

Die Antwort von Stadtrat H. Streit zeigt Mehrkosten beim Personalaufwand (30) von Fr. 73'500.- und Einbussen von Fr. 58'800.- bei den Gebühren (43).

Grund neue Pässe und das fehlende Sektionswesen.

Die Kommission stellt den Antrag: Bei den Indikatoren (B-89) soll der Untertitel **Kundenzufriedenheit** eingesetzt werden, die Bezeichnung **Anzahl Reklamationen <8** beibehalten und die Zeile Kundenzufriedenheit erfüllt gestrichen werden.

KöS 9:0 angenommen, RPK 7:1 angenommen

#### LG Zivilstandsamt

Die fehlenden Vorjahreszahlen sind auf die neue Zusammenführung der LG zurückzuführen. Sonst keine Fragen.

Die Kommission hat das Globalbudget mit 9:0 angenommen

Die RPK hat das Globalbudget mit 8:0 angenommen

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt ebenfalls **Martin Gasser** das Resultat bekannt. Die RPK hat den Antrag aus der KÖS mit 7 : 1 Stimmen gutgeheissen. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Publikumsdienste einstimmig zur Annahme.

Es wird nicht über den Antrag separat abgestimmt.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung mit der vorgeschlagenen Änderung zu genehmigen.**

**Der Vorsitzende fragt den Rat angesichts der fortgeschrittenen Stunde an, ob er abrechnen möchte oder weiterarbeiten. Der Rat beschliesst mit 22 : 9 Stimmen, fertig zu arbeiten.**

### **3.13 GF Soziale Sicherheit**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Daniel Hunziker**. Das Geschäftsfeld wurde von der Kommission einstimmig genehmigt.

Vorbesprechung vom 27.10.2006 zwischen

- Barbara Thalmann, Stadträtin
- Armin Manser, Abteilungsleiter
- Lennie Grob - Overdulse, KSG
- Daniel Hunziker, KSG, Verfasser Bericht

Wir danken Barbara Thalmann und Armin Manser für das informative Gespräch.

#### **GF Soziale Sicherheit, S. B-92/93**

##### **Leistungsauftrag 2007-2010, S. B-92**

Die Wirkungs- und Leistungsziele des Geschäftsfeldes Soziale Sicherheit haben sich gegenüber dem Budget 2006 nicht geändert. Es sind ehrgeizige aber sehr wichtige Ziele, wie zum Beispiel, dass soziale Verantwortung vermehrt von Gruppen, Einzelpersonen und Institutionen getragen wird oder dass die Selbsthilfe gefördert wird, oder einen Beitrag geleistet wird zur Verhinderung von sozialen Problemen.

Als Beispiele was zur Erreichung dieser Ziele getan wird, wurden die PRIMAS (Private Vormundschaftsmandatsträger/-innen), die Arbeitsintegrationsprojekte oder im Bereich FEB die in Vereinsstruktur Organisierten Horte und Krippen genannt. Von Seiten der Subkommission wurde angeregt auch vermehrt kleinere Projekte zu unterstützen, welche zum Erreichen dieser Ziele beitragen.

#### **Globalbudget 2007, S. B-92/93**

Das Total des Globalkredites ist mit Fr. 11.211 Mio. budgetiert. Dies entspricht im Vergleich zur HR 2006 einer Erhöhung von 8 %. Begründet wird diese Zunahme mit dem Bevölkerungswachstum in Uster und den dementsprechend erhöhten Bezügerzahlen, sowie den höheren Kosten pro Fall. Es wird erwähnt dass 30 % der IV-Zusatzleistungsbezüger/-innen Neuzuzüger/-innen sind. Doch sei im Allgemeinen eine grosse Mobilität unter den Bezüger/-innen festzustellen und auch viele Abmeldungen

zu verzeichnen. Ein finanzieller Anreiz kann nicht der Grund für die Mobilität sein, denn für die Gemeindegzuschüsse besteht eine Karenzfrist von 5 Jahren, bei den Beihilfen (bei Zuzügen von ausserhalb Kanton ZH) sogar von 10 Jahren.

Der Beitrag von Fr. 950'000 für die Arbeitsintegrationsprogramme entspricht der HR 06. Hier ist wieder zu betonen, dass rund ein Drittel der Personen, die in solchen Programmen tätig sind, während oder nach dem Einsatz eine Stelle im ersten Arbeitsmarkt findet. Ein Erfolg, auch im Vergleich zu anderen Schweizer Städten. Im Plan 10 wird mit einer Erhöhung der Kosten von Fr. 150'000 gerechnet, dies aufgrund grösseren Überwälzungen der Kosten vom Kanton auf die Gemeinden. (Verminderung oder Wegfall der Subvention von momentan ca. Fr. 100'000)

Auf 2007 ist keine Veränderung in der Anzahl der Mitarbeiter/-innen geplant. Die Veränderung von 1,5 Stellen begründet sich durch die neue Zuteilung der Leitungsmitarbeitenden ins GF Sozialhilfe.

Das GF Soziale Sicherheit budgetiert im Jahr 2007 eine Beteiligung von Fr. 50'000 (halbes Schuljahr) für die geplante Schulsozialarbeit (SSA). Dies aufgrund des grossen Präventionspotenzials durch die Arbeit der SSA.

### **LG Sozialversicherungen, S. B-94/95**

#### **Leistungsauftrag 2007 – 2010, S. B-94**

Die Wirkungs- und Leistungsziele der Leistungsgruppe Sozialversicherungen haben sich gegenüber dem Budget 2006 nicht geändert.

#### **Globalbudget 2007, S. B-94/95**

Die Nettokosten der Leistungsgruppe Sozialversicherungen ist mit Fr. 8 154 Mio. budgetiert. Dies entspricht im Vergleich zur HR 2006 einer Erhöhung von 9,6 %.

Diese Erhöhung entsteht aufgrund mehr Bezüger/-innen von AHV-IV Zusatzleistungen und den höheren Kosten pro Fall. Die höheren Kosten Begründen sich aus der grösseren Differenz zwischen den verminderten Grundleistungen der AHV/IV und dem Existenzbedarf von Bezüger/-innen.

### **LG Familienergänzende Betreuung, S. B-96/97**

#### **Leistungsauftrag 2007 – 2010, S. B-96**

Die Wirkungs- und Leistungsziele der Leistungsgruppe Familienergänzende Betreuung haben sich gegenüber dem Budget 2006 nicht geändert.

Bezüglich der zukünftigen Tagesstrukturen der Primarschulpflege ist eine intensive und umsichtige Planung mit den Trägerschaften der Vereine der Hortangebote am laufen. Die langjährige, wichtige Freiwilligenarbeit in den Vorständen der Hortvereine, darf nicht durch übereiltes Vorgehen in Gefahr gebracht werden. Das vorhandene Wissen und Engagement soll erhalten bleiben.

#### **Globalbudget 2007, S. B-96/97**

Die Nettokosten der Leistungsgruppe Familienergänzende Betreuung ist mit Fr. 1.819 Mio. budgetiert. Dies entspricht im Vergleich zur HR 2006 einer markanten Erhöhung von 10,6 %, im Vergleich zum Budget 2006 jedoch einer Reduktion von 6,4 %.

Der Grund für die Erhöhung gegenüber der HR 2006, sind die zu erwartende geringere Subvention vom Kanton und tiefere Beiträge von Eltern.

Auf die Rechnung 2007 werden noch keine Einflüsse durch die Einführung der Tagesstrukturen erwartet.

### **Verabschiedung**

Die Kommission Soziales und Gesundheit hat an der Sitzung vom 13. November 2006 den vorliegenden Voranschlag und das Globalbudget geprüft und beantragt einstimmig diesen zu genehmigen.

Daniel Hunziker, Gemeinderat



Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Stefan Lehmann** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Soziale Sicherheit einstimmig zur Annahme.

**Reto Dettli** bringt das Thema zur Sprache, wie sich die familienergänzenden Betreuungsangebote verhalten bei flächendeckender schulergänzender Betreuung. Ausserdem hat er mit Erstaunen bei der Sozialen Sicherheit die prognostizierte Kostensteigerung per 2010 zur Kenntnis genommen.

Stadträtin **Barbara Thalmann** nimmt dazu Stellung. Gerade beim Arbeitsintegrationsprogramm für Ausgesteuerte entsteht das Problem, dass sich der Kanton auch aus dieser Finanzierung zurückzieht. Deshalb ist diese Annahme so hoch, der Entscheid ist aber noch offen.

**Werner Egli** macht auf eine redaktionelle Änderung aufmerksam: im Plan 10 sind drei Nullen zu viel abgedruckt.

**Christian Wüthrich** ist der Ansicht, dass dieses Geschäftsfeld seit Jahren die Tendenz aufzeigt, die auch ein entsprechender Steuerfussentscheid mit beeinflussen würde.

## **Abstimmung**

### **Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

## **3.14 GF Gesundheit**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Stefan Lehmann**. Das Geschäftsfeld wurde von der Kommission einstimmig genehmigt.

### **Gesundheit**

#### **LA/Globalbudget 2007 / Subkommission**

**Lehmann Stefan**

**Deiningner Tobias (Vorbesprechung abwesend)**

Die Besprechung mit der Abteilungsvorsteherin Esther Rickenbacher, Ernst Brassel und Frau Eisenring fand am 25.10. / 19.00 – 19.45 Uhr statt. Vorgängig habe ich meine Fragen in mail-Form zugestellt.

Das Geschäftsfeld „Gesundheit“ ist budgetmässig mit Abstand das kleinste GF der Stadt Uster, vor allem auch aufgrund des Spezialfonds für die Abfallbewirtschaftung, welcher in sich selber finanziell ausgeglichen gestaltet werden sollte.

#### **Leistungsauftrag/Kennzahlen**

Mit der Rückweisung der Vorlage über die Einführung einer wöchentlichen Grünabfuhr bis 2008/2009 ist das Hauptthema aus diesem Bereich auf politischer Ebene aufgeschoben worden. Die Resultate für die Uster-spezifischen Verhältnisse der Fachhochschule Rapperswil werden im kommenden Frühjahr erwartet.

Zu meinen Fragen und zur Diskussion:

Zurzeit befinden sich mit 24 Stellen auf unserem Gemeindegebiet genügend Sammelstellen für die Bevölkerung. Neue Orte kommen erst wieder bei grösseren Bauvorhaben in neuen Quartieren in Diskussion, z.B. Eschenbüel. Die Zahl 26 im Plan 2010 ist eine Annahme der Abteilung.

Ziel einer „fachgerecht geführten Kompoststelle“ ist die Rückführung von hochstehender Erde, die zurück in den natürlichen Kreislauf geführt werden kann. Allerdings musste ein angebotener Kompostkurs mangels Anmeldungen abgesagt werden. Die Fachstelle unterstützt Interessierte auf Anfrage.

Die angegebene Recycling-Quote beträgt zwischen 45 % und 50 %, d.h. knapp die Hälfte des eingesammelten Kehrrechtes geht in die Wiederverwertung. Das von mir eingebrachte Ziel von > 50 % bis 2010 wurde nicht als realistisch betrachtet, die Abteilung will die Quote auf dem Band von 45 – 50 % belassen. Basis für die Berechnung bilden die Lieferungen in die KEZO.

Meine Frage bezüglich Gebührenerhöhung für den Abfall wurde verneint (Seite B-100). Man liegt immer noch bei einem Vermögen von ca. Fr. 1 Mio. und der Betrag wird erst bei Einführung der Grünabfuhr durch die Investitionen reduziert.

Auf der gleichen Seite habe ich mich nach dem „übrigen“ Abfall erkundigt. Es handelt sich bei den 700 T um Grubengut, Altöl, Styropor, Textilien, Batterien, Korken etc.

Der Kostendeckungsgrad der Tierkadaverstelle (Seite B-101) reduziert sich aufgrund einer Investition von Fr. 40', welche direkt über die Aufwandrechnung abgebucht wird einmalig. Es handelt sich um Anpassungen an der Sammelstelle in der ARA.

Zu guter letzt noch ein Zustand, den ich nicht verstehe. Bezüglich Personal wurde die 0.40 %-Stelle bei der Tierkadaverstelle in der Leistungsgruppe der Lebensmittelkontrolle abgezogen und dafür bei „Abfall und Umwelt“ zusätzlich aufgeführt. Allerdings verbleiben die Lohnkosten in der alten LG weil diese aufgrund von kant. Vorgaben in den Spezialfondsrechnungen nicht erlaubt sind.

Aus der Kommission wurde zum Thema „Littering“ noch angeregt, die Durchführung des bestehenden Projektes „Abfallfreie Zone“ zu prüfen, was von der Abteilungsleiterin aufgenommen wird.

### **Globalkredit**

Dem Globalkredit von Fr. 328' und dem LA 2006 – 2010 für das Geschäftsfeld „Gesundheit“ - ohne Investitionsvorhaben - und bei 685 % Anstellungsprozenten empfiehlt die KSG und die RPK einstimmig zuzustimmen.

20.11.2006

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt ebenfalls **Stefan Lehmann** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Gesundheit einstimmig zur Annahme.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

### 3.15 GF Betreutes Wohnen

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Stefan Lehmann**. Er verweist namentlich auf einen Antrag aus der Kommission, der mit 4 : 3 Stimmen angenommen wurde. Das Geschäftsfeld wurde mit 4 : 3 Stimmen gutgeheissen.

Antrag KSG: Zu B-103, Einleitung, Fazit: „Das Fazit entsprechend abändern, dass Option B und Option C als valable Möglichkeiten weiterverfolgt werden können.“  
4 : 3 angenommen.

Geschäftsfeld „Betreutes Wohnen“ Kommission Soziales und Gesundheit und RPK

Subkommission:

Egli Werner

Wüthrich Christian

Lehmann Stefan

---

Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren

Auf Vorbereitung der Subkommission des GF „Betreutes Wohnen“ hat sich die KSG mit verschiedenen Fragen befasst. Ich gehe in meinem mündlichen Referat nur auf die Wesentlichen ein:

#### Leistungsauftrag/Globalbudget

- Als Folge des Varianten-Rechnungsauftrages des Gemeinderates erfolgte eine „Ueberprüfung“ bezüglich Intergration der SPI TEX in die Heimorganisation. Wir erhielten anlässlich der Vor-Besprechung den Beraterbericht dat. 14.8.06, welcher als Resultat des Auftrages zur Variantenberechnung auf der Seite B-103 die Option „C“ favorisiert, d.h. ein Leistungsauftrag –2 Leistungsgruppen. Diesem Vorschlag ist der Stadtrat gemäss Seite B-103 gefolgt und hat sich für die Option „C“ entschieden. B-103

Die Kommissionsmehrheit, nämlich 4 : 3 Stimmen, ist nach Einsicht in den Bericht der Meinung, dass sich der Stadtrat auch mit der Variante „B“ auseinanderzusetzen hat. Bis 2010, d.h. zum Bezug des sanierten Heimes im Grund wird sich noch einiges ändern und der Stadtrat sollte nicht aufgrund der aktuellen personellen Situation die Organisationsform bestimmen. Zur Nutzung sämtlicher Synergien will die Kommissionsmehrheit eine einheitliche Unité de doctrine im GF Betreutes Wohnen, wie dies in anderen Orten bereits gelebt wird.

Im organisatorischen Bereich gehören auch Abklärungen über die Räumlichkeiten, die gesamte administrative Führung, die Zeitersparnisse durch die örtliche Nähe etc. dazu. Die Quantifizierung in Franken gestaltet sich schwierig, aber die aufgeführten CHF 5' – 10' entsprechen sicher nicht einem Gesamtbetrag nach der Zusammenlegung im Grund.

- Wie lassen sich die erhöhten Kosten von CHF 311' bei den „Heimen der Stadt Uster“ gegenüber mit dem Globalkredit von CHF 1'306' gegenüber dem Vorjahr begründen? Sind die Rückerstattungen gemäss Bundesratsentscheid (+/- CHF 65') darin bereits enthalten? B-104

Fr. 100'000.-- Teuerung Besoldungen

Fr. 63'000.-- Mindereinnahmen durch Rückerstattungen aufgrund BR-Entscheid

Fr. 150'000.-- Projekt QM ISO-Zertifizierung als einmalige Mehrauslage

Fr. 10'000.-- Ersatz bei Abwesenheiten der Beratungsstelle

Bezüglich den möglichen Rückerstattungen gemäss Bundesratsentscheid vom August sind

gemäss der Abteilungsvorsteherin nach ersten Gesprächen mit Santé Suisse keine Zahlungen mehr vorgesehen (abschliessende Gespräch noch nicht definitiv).

- Wie sieht die Auslastung der 270 Bettenkapazitäten (wovon 70 nur Wohnplätze) nach den verschiedenen BESA-Stufen aus, d.h. wieviele Pflagetage in welchen Stufen werden geleistet und können somit verrechnet werden.

Aus der Auswertung der Leiterin der Heime geht hervor, dass die Stufen 0 – 2 in der Tendenz der letzten drei Jahre rückläufig waren, die Stufe 3 zunahm und die Stufe 4 stabil blieb.

Als Fazit kann unterstrichen werden, dass die älteren Mitmenschen so lange es sozial, finanziell und medizinische geht, zuhause bleiben, was durch die ausgezeichneten Leistungen der SPITEX ermöglicht wird.

- Wie lassen sich die internen Verrechnungen beim Personal begründen?  
siehe Sammelkosten CHF 153' und interner Verrechnungen CHF 103'

Aufgrund der neuen KLR werden die Kosten der Abteilungsleitung verteilt, 1/3 davon ins GF „Betreutes Wohnen“ Fr. 103'000.--.

- Weshalb lassen sich die geplanten Ausbildungsplätze auf 2010 bereits mit 38 beziffern?

Aufgrund der Bautätigkeit „im Grund“ wurde die Anzahl Ausbildungsplätze (ohne Praktikantinnen) bei 38 beibehalten, wobei klar ist, dass diese Zahl bis zu diesem Zeitpunkt noch weitere Änderungen erfahren kann.

- In der KSG-Sitzung wurden die Mitglieder über die anfangs November beschlossene definitive Budgetierung des Zweckverbandes ins Bild gesetzt. Die Defizitanteile an den Kosten betragen für Uster +/- 25 %. Neben der Betriebsrechnung gilt es auch Leistungen aus den Sonderkrediten für Investitionen auf die angeschlossenen Gemeinden zu verteilen. Dies kann auch Rückzahlungen bewirken, was es in den Jahren 2004 und 2005 geschehen ist. Für 2007 wird im Novemberbrief eine negative Korrektur um CHF 276' gemacht, d.h. die voraussichtlichen Sockel- und Defizitbeiträge erhöhen sich von CHF 3'918 auf CHF 4'194'.

- Wie ist der Planungsstand der Sanierungs-Investition „im Grund“? B-105  
Im Budget 2006 waren noch CHF 600' eingestellt, jetzt ist für die HR 2006 bereits CHF 1 Mio. erfasst. Sind die für 2007 eingestellten Kosten von CHF 1,3 Mio. auch für die Planung vorgesehen oder bereits für Bauten?

Es wird am Kostendach von Fr. 18,7 Mio. festgehalten. Der Stand der Projektierungskosten wird bis zur Volksabstimmung im kommenden Jahr Fr. 2,3 Mio. total betragen.

- Im Ausbildungsteil auf Seite B-107 fehlen die Pflegefachleute, resp. B-107  
deren Ausbildungsplätze. Sind diese Aus-/Weiterbildungen nicht in diesen 38 enthalten?

-> Die-Auszubildenden an einer Höhere Fachschule sind in der Zahl 38 enthalten

- Bei den dezentralen Pflegewohngruppen sind in Nänikon nur noch 7 Betten B-108  
eingestellt. Welches ist die Basis (100 %) für die Berechnung der Kostendeckungskennzahlen? Diese muss immer gleich sein!

Die korrekte Auslastungszahl ist 93,5 %, bei richtigerweise 8 Betten in Nänikon.

- Bei den Kennzahlen sind die auswärtigen Heimbewohnenden zunehmend B-109  
Gegenüber dem Budget 2006 wurden deutlich höhere Zahlen erfasst.

Weshalb und wie ist die Strategie diesbezüglich?

- > keine spezielle Strategie, die Situation der Angehörigen ist oft Ausschlag für einen Wechsel nach Uster
- > Es gibt einen Bettenpool im ZO, worin auch die Heime untereinander Möglichkeiten austauschen

- SPITEX: Wie ist die Strategie bezüglich Arbeitsstunden? B-110  
Vergleich Budget 06, HR 06 und Budget 2007?

- > Der Bedarf gibt den Ausschlag für die Arbeitsstunden, wie uns die Leiterin bekannt gab. Budgetbasis sind Erfahrungswerte aus der Vergangenheit
- > Mit den vielen Teilzeitangestellten können Spitzen abgedeckt werden
- > einfachere Leistungsbedürfnisse werden an den Frauenverein weitergegeben

- Die Anzahl Abweisungen <5 ist wenig aussagekräftig
  - > Mögliche Abweisungen sind gewünschte Einsatzzeiten und allenfalls personelle Wünsche, denen nicht immer nachgekommen werden kann, aus organisatorischen- und Pflegefachgründen

Generell war sich die Kommission einig, dass die SPITEX eine ausgezeichnete Versorgung in ihrem Aufgabenbereich ermöglicht und dass eine Verlegung in das sanierte Heim „im Grund“ sinnvoll zu nutzen sei.

#### **Antrag KSG mit 4 : 3:**

In der künftigen Organisationsform des GF Betreutes Wohnen ist die Option „B“ mit einem integrierten „Bereich SPITEX“ weiterzuverfolgen und bis 2010 - wenn die SPITEX ins Heim im Grund umziehen - ebenfalls in Betracht zu ziehen.

Abschliessend wurde dem Leistungsauftrag und dem Globalbudget in der KSG mit dieser Aenderung sowie dem erhöhten Globalkredit von CHF 6'683 'mit 4 : 3 entsprochen.

#### **Antrag RPK**

Die RPK hat mit 7 : 1 abgelehnt, dass der KSG Antrag in ihren Bereich gehört, da er im Informationsteil und nicht im Leistungsauftrag enthalten ist und zudem nicht kostenrelevant ist.

Schliesslich ist dem Leistungsauftrag und dem Globalkredit mit 8 : 0 Stimmen zugestimmt worden, wobei der Globalkreditbetrag durch die im Novemberbrief aufgeführten zusätzlichen Defizitbeiträge beim Spital, um CHF 276 'auf CHF 6'683 angestiegen ist.

24.11.2006/Le

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt ebenfalls **Stefan Lehmann** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Betreutes Wohnen einstimmig zur Annahme. Die RPK hat einen Gegenantrag in ihrer Kommissionssitzung formuliert:

Antrag RPK: Zu B-103, Einleitung, Fazit: „Es wird nicht über den Inhalt des Fazits abgestimmt, da es sich um den Informationsteil handelt und noch nicht kostenrelevant ist.“  
7 : 1 angenommen.

**Daniel Hunziker** spricht sich dafür aus, die Variante B herauszunehmen. Zur Begründung weist er darauf hin, dass die Leitungspositionen Heime und Spitex sehr unterschiedliche Funktionen beinhalten. Der Antrag des Stadtrates, die Variante C weiterzuführen, macht Sinn.

**Christian Wüthrich** ergreift das Wort. Er führt aus, dass er schon über die Heinzusammenführung nicht glücklich war. Aber es war ein Entscheid des Stadtrates und er akzeptiert das. Warum sollte es bei der Frage der Spitex anders sein? Wir unterstehen einem Kodex und wir haben einen Bericht vorliegen, der NPM-tauglich ist. Dieser zielt nicht nur auf finanzielle Ansprüche, Qualität und Quantität spielen auch eine Rolle, nebst ethischen Überlegungen. Die Unabhängigkeit der Spitex bzw. der Heime muss beibehalten werden, da diese zu unterschiedliche Ziele haben. Es geht nicht darum, nur Betten zu belegen, weil sie gerade frei sind.

**Stefan Feldmann** weist darauf hin, dass der Antrag der KSG nicht abstimmungswürdig ist, da über den Einleitungsteil nicht abgestimmt werden kann.

**Werner Egli** stellt klar, dass es um eine Variantenrechnung aus der Kommission ging, und der Stadtrat eigenmächtig die herausgearbeitete Variante C bevorzugt. Man will sich nichts vergeben, darum im Form einer Bitte aus der KSG: Lasst bitte beide Optionen offen.

Stadträtin **Esther Rickenbacher** führt die Überlegungen des Stadtrates aus. Sie weist namentlich darauf hin, dass ein „Näherrücken“, eine Vernetzung von Heime und Spitex schon sehr fortschrittlich ist, aber – wie auch die Studie darauf hinweist – ein radikaler Wechsel wenig sinnvoll ist. Synergien zu nutzen ist richtig, aber es bleiben zwei unterschiedliche Leistungsaufträge und zwei unterschiedliche Philosophien. Die Voten des Rates fliessen übrigens in die Arbeit der Abteilung ein.

**Reto Dettli** stellt sich auf den Standpunkt, dass die Kommission das gesamte Geschäftsfeld hätte zurückweisen müssen. Das wäre formal richtig gewesen.

**Werner Egli** stellt klar, was in jener Kommissionssitzung besprochen wurde. Er beharrt darauf, dass die Variantenrechnung entsprechend definiert wird. Jetzt heisst es einfach, dass Variante C realisiert wird. Die Kommission wünschte eine „Abklärung“.

**Stefan Feldmann** erinnert daran, dass die Gemeindeordnung diese Angelegenheit klar dem Kompetenzbereich des Stadtrates zuweist.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass von der Gegenüberstellung des Antrages KSG und des Antrages RPK, Kenntnis genommen wird.

## **Abstimmung**

### **Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 20 : 2 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung (mit der vorgeschlagenen Änderung) zu genehmigen.**

### **3.16 GF Sport**

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Geisenberger**. Sie weist namentlich darauf hin, dass die Kommission das Geschäftsfeld einstimmig genehmigt hat.

#### **NPM – Voranschlag, Leistungsauftrag und Globalbudget 2007**

##### **KBK – Geschäftsfeld Sport**

Geschätzte Anwesende

Am 20. Oktober 2006 haben Frau Ester Rickenbacher, Herr Robert Alge, Herr Ernst Brassel, Herr Peter Crestani und ich den Voranschlag, den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2007 des Geschäftsfeldes Sport besprochen.

Grundsätzlich wird ein Sponsoringkonzept für die ganze Stadt Uster ausgearbeitet. Alexandra Roth hat darüber eine Diplomarbeit geschrieben und setzt diese, mit Unterstützung von Herrn Ernst Bruderer von der Hochschule Winterthur, um. Das Geschäftsfeld Sport betrifft die Einführung des SportPasses, die auf Anfang 2007 geplant ist. Der SportPass beinhaltet vorerst den Eintritt in unsere drei Bäder. Eine Weiterentwicklung der Leistungen ist geplant, kann allerdings nur etappenweise eingeführt werden. Der SportPass der Kreditkartenformat hat, soll mit Werbeaufdruck versehen werden und so einen Beitrag an die geforderten Sponsorengelder leisten. Als eine weitere Möglichkeit, Sponsorengelder zu beschaffen, wird die Vermarktung der Sporthalle Buchholz erachtet. Dies kann möglicherweise im folgenden Jahr geschehen. Es wird sich 2007 zeigen, welche zu erreichende Höhe von Sponsorengeldern möglich und realistisch ist.

Ein Ziel bei der Erreichung der Werterhaltung unserer Sportanlagen ist eine Attraktivitätssteigerung derselben. Bei jeder Sanierung soll versucht werden, gleichzeitig auch die Attraktivität zu steigern, oder zumindest aus den vergangenen Fehlern zu lernen. Dies ist ein Beschluss des Stadtrates. Als erstes Beispiel dieser Attraktivitätssteigerung ist das neue Kleinkinderbad im Seebad zu erwähnen.

In Zukunft immer wichtiger wird die Gesundheitsförderung werden. Es handelt sich dabei um eine Gratwanderung zwischen der Arbeit der Stadt und der Wirtschaft. Die Stadt Uster wird sich in diesem Bereich in der Administration und Organisation betätigen, indem zum Beispiel Kurse „eingekauft“ werden. Dies kann unter anderem auch zu einer optimalen Ausnutzung der Sportanlagen führen. Für diese Koordination wird längerfristig zusätzlich Personal benötigt. Die bereits durchgeführten Camps werden sehr gut gebucht und sind ausgelastet.

Wie bisher werden die Verpflegungsmöglichkeiten in den Sportanlagen gemäss Leistungsauftrag entweder von den Vereinen selbst oder der Stadt Uster angeboten mit entsprechender Umsatzbeteiligung beiderseits. Während der Woche führt neu der Abendsportwart den Kiosk neben der normalen Arbeit.

Grundsätzlich muss erwähnt werden, dass sehr auf die Bedürfnisse der einzelnen Vereine eingegangen wird und dass Verpflegungsmöglichkeiten nötig sind, um Sportanlässe überhaupt durchführen zu können.

Im Dorfbad ist zur Zeit der Lebensmittelbetrieb renovierungsbedürftig. Allgemein wird dort jedoch nur noch renoviert, was dringend renovationsbedürftig ist.

Die Hallenbelegung in Uster ist sehr gut koordiniert. Während Umbauten, z. B. im Schulhaus Talacker, konnten Lösungen gefunden werden. Nun wird eine Zwischenbilanz gestartet

Der Unterschied in den budgetierten Stellenprozenten von für das Jahr 2006 und der Hochrechnung 2006 kommt davon, dass durch einen Stellenwechsel zusätzlich eine Stundenlohn-Stelle in eine Festanstellung umgewandelt wurde. Der Stadtrat hat sich im Jahre 2006 für eine Umwandlung des Anstellungsverhältnisses aus dem Stundenlohn in den Monatslohn entschieden.

Die neue Vorlage für den Kunstrasen wird im Sommer 2007 erarbeitet sein.

2007 wird im Stadion Buchholz die Tribüne, die Rundbahn, der Rasen, das Licht und die Diskuswurfanlage saniert. Total belaufen sich die Investitionen auf CHF 3'176'000.-. Darin sind auch die Sanierung des Schwimmbeckens im Seebad und die Lüftung im Hallenbad enthalten.

Der Globalkredit für das Jahr 2007 beläuft sich auf CHF 2'312'000.-, dies entspricht einem Anstieg von CHF 81'000.-. Dieser Anstieg ist durch das neue Mobiliar im Seebad, das Projekt am Aabach und die neuen Telefonanlagen im Buchholz begründet. Durch die neue Telefonanlage, mit Anschluss an die Stadtverwaltung Uster, sollten tiefere Gebühren resultieren.

Claudia Geisenberger

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Robert Alge** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Sport einstimmig zur Annahme.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

### 3.17 GF Sozialhilfe

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Elsbeth Hürlimann**.

#### Bericht

zuhanden des Gemeinderates betreffend Budget 2007 Geschäftsfeld Sozialhilfe Seiten 118 – 127. Die Vorbesprechung fand im Beisein von Frau Stadträtin Barbara Thalmann, Abteilungsleiter Herrn Armin Manser, Julia Amherd, Elsbeth Hürlimann und Werner Kessler am 23. Oktober 2006 statt.

#### **GF Sozialhilfe (Seiten: B-118 – B-119)**

**Indikatoren:** Der Treuhand- und Beratungsdienst der Pro Senectute zeigt eine relativ grosse Aufstockung. Dies hängt mit der geplanten Zusammenarbeit mit dieser Stelle bei der Führung von vormundschaftlichen Massnahmen zusammen. Altersbeistandschaften für Personen ab 60 Jahren sollen an PRIMAS übertragen werden, welche in ihrer Arbeit von der Pro Senectute fachlich begleitet und beraten werden. Langfristig soll so die Amtsvormundschaft entlastet werden. Bei der Pro Senectute werden Leistungen eingekauft was halt auch seinen Preis hat..

In diesem Zusammenhang kam die Frage auf, wer die Leistungen der Pro Senectute dann überprüft. Da die Pro Senectute eine professionelle Institution ist, werden die erbrachten Leistungen laufend institutionsintern überwacht. Die Vormundschaftsbehörde wird über die Berichterstattungen der Altersbeistände, welche vor der Einreichung von der Pro Senectute fachlich geprüft werden, die Kontrolle der Arbeit vornehmen. Über die Tätigkeit wird die Pro Senectute gemäss der vorgesehenen zusätzlichen Vereinbarung der Stadt Uster Bericht erstatten.

Die Begleitung von PRIMAS, welche für Personen im Alter von 18 bis 60 Jahre gesetzliche Mandate führen, wird im Verlauf des Jahres 2007 in enger Absprache mit der städtischen Amtsvormundschaft voraussichtlich ausgebaut, damit diese die fachlichen Aufgaben besser wahrnehmen können .

**Globalkredit:** Der voraussichtliche Nettoaufwand des GF Sozialhilfe inkl. interner Verrechnungen wird im Jahre 2007 im Vergleich zum Voranschlag 2006 um rund Fr. 200'000 steigen. Die Hauptgründe für diese Entwicklung liegen bei

- den neu für das Sekretariat der Sozialbehörde auf Grund der Kosten-/Leistungsrechnung zugeteilten personellen Ressourcen, (diese waren bis anhin auch dem GF Sozial Sicherheit zugeteilt). Es erfolgt kein Stellenausbau.
- der Schaffung einer befristeten Adjunktenstelle im Sekretariat der Sozialbehörde
- der Abgeltung des Aufwandes des Projektes PassUs 2007
- der Entschädigung für die Fachbegleitung von PRIMAS
- der Mehrbelastung im Asyl- und Flüchtlingsbereich

#### **LG Sozialberatung (Seiten: B-120 – B-122)**

**Globalkredit:** Der Nettoaufwand 2007 wird unter Berücksichtigung des Jahresergebnissen 2005 und dem voraussichtlichen effektiven Aufwand für das Jahr 2006 im gleichen Umfang ausfallen wie im Voranschlag 2006. Erfreulich ist, dass sowohl Bruttoaufwand weiterhin rückläufig ist. Sorgen bereitet der weitere Rückgang der Einnahmen.

**Personal:** Bei der Amtsvormundschaft ist wegen der steigenden Fallbelastung und den zahlreichen Abklärungsaufträgen eine Stellenerweiterung um 20% vorgesehen. Dieser Stellenausbau erfolgt in einem moderaten Umfang, da im Jahre 2007 damit gerechnet wird, dass für die Führung von vormundschaftlichen Massnahmen wieder vermehrt PRIMAS eingesetzt werden können.

**Kennzahlen:** Auffallend sind die relativ grossen Abweichungen bei dem Anteil Alleinerziehende und dem Anteil Einzelpersonen. Dies ist jedoch lediglich auf eine Datenbereinigung zurück zu führen. Diese Personengruppen werden in der Statistik neu erfasst und aufgeführt. Es ist als keine effektive Veränderung eingetreten.

### **LG Asyl- und Flüchtlingswesen (Seiten: B-123 – B-125)**

**Globalkredit:** Beim Asyl- und Flüchtlingswesen ist beim SOLL06 zur HR06 ein markanter Anstieg zu erkennen. Ebenfalls wird beim SOLL07 nochmals mit einem höheren Aufwand gerechnet. Diese Aufstockung wurde uns folgendermassen erklärt: Im vergangenen Jahr gab es verschiedene ausserordentliche Platzierungen welche das Budget sprengten. Bei der Budgeterstellung ging man davon aus, dass diese Platzierungen auch weiter bestehen. Zudem basiert das Budget 2007 auf durchschnittlich 140 Asylsuchende (2006: 150 Personen), welche von der Stadt Uster untergebracht und betreut werden. Damit kann die Rechnung nicht ausgeglichen gestaltet werden, da die vom Kanton ausgerichteten Pauschalen zur Deckung des Gesamtaufwandes nicht ausreichen.

Von den Asylsuchenden mit N-Ausweis haben ca. 15 Personen einen letztinstanzlichen gerichtlichen Entscheid mit einer abgelaufenen Wegweisungsfrist. Da die Asylgesetzesrevision am 24. September 2006 angenommen wurde, wird ein Teil dieser Personen von der Sozialhilfe ausgeschlossen und nur noch Notfallhilfe erhalten. Ebenfalls darf diese Personengruppe an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen nicht mehr teilnehmen. Da die Vollzugsweisungen zum neuen Asylgesetz noch nicht vorliegen, wird die Umsetzung für diese Personen erst ab 2008 in Kraft treten.

**Indikatoren:** Personen mit F-Status besuchen vermehrt Beschäftigungsprogramme. Das Budget wurde dementsprechend angepasst.

### **LG Vormundschaftswesen (Seiten: B-126 – B-127)**

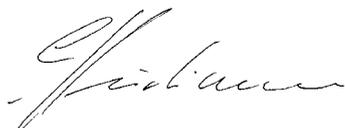
**Indikatoren:** Bei der Anzahl eingegangener Rekurs und bei den abgeänderten Massnahmen ist eine markante Steigerung ersichtlich. Die Betroffenen machen vermehrt von der Möglichkeit einer Rekuseinreichung Gebrauch. Es werden im Vergleich mit den Vorjahren auch vermehrt Rechtsanwälte zur Vertretung eingesetzt. Ein Rechtsmittelverfahren ist in solchen Fällen beinahe die Regel. Für die Abänderung von Massnahmen sind der Bezirksrat oder die Bezirksgerichte zuständig. In einigen Fällen kommt es vor, dass im Laufe der Verfahren sich neue Informationen ergeben, was dann den Bezirksrat/die Bezirksgerichte zu einem anderen Schluss kommen lässt.

**Globalkredit:** In dieser LG ist neu eine Abgeltung von Fr. 30'000 für den Aufwand einer möglichen Fachstelle für die Begleitung von PRIMAS, welche Massnahmen für Personen zwischen 18 und 60 Jahre führen, vorgesehen. Der Beitrag an das Jugendsekretariat wird für die Stadt Uster etwa in demselben Budgetrahmen ausfallen wie im Jahre 2006. Erhöht wird dagegen der Beitrag an die Pro Senectute welche mit den Verhandlungen betreffend der vormundschaftlichen Mandate für die älteren Menschen zusammenhängen.

### **Verabschiedung**

Die Kommission Soziales und Gesundheit hat an der Sitzung vom 13. November 2006 den vorliegenden Voranschlag und das Globalbudget geprüft und beantragt einstimmig diesen zu genehmigen.

Elsbeth Hürlimann, Gemeinderätin



Referentin im Gemeinderat für die Kommission Soziales und Gesundheit

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Stefan Lehmann** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 sowie die Investitionsplanung des GF Sozialhilfe einstimmig zur Annahme.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**den Leistungsauftrag 2007 – 2010, das Globalbudget 2007 und die Investitionsrechnung zu genehmigen.**

Thomas Wüthrich stellt den

Antrag: Die Sitzung sollte jetzt abgebrochen werden, da zum Einen eine heftige Steuerfussdebatte noch ansteht und das Geschäft Nr. 50 betreffend Raumoptimierung noch ansteht. Alle sind müde und sollten sich da noch konzentrieren können.

Der Antrag wird von Stefan Feldmann bekräftigt.

## **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 23 : 8 Stimmen**

**Die Sitzung wird hier abgebrochen. Die Traktanden 4 bis 7 werden am kommenden Montag, 4. Dezember 2006 behandelt. Die Sitzung beginnt um 19 Uhr.**

Stadträtin Esther Rickenbacher und Sabine Wettstein werden nächsten Montag wegen einer Terminkollision erst später kommen.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 4. Dezember 2006 statt.

Schluss der Sitzung

23.15 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident  
Harry Kohler

Datum

Die Stimmenzähler/innen:

Stefan Feldmann

Lennie Grob-Overdulve

Andres Kunz